

# 10 Jahre Integrationsrat Tübingen

10 Jahre Engagement für politische Teilhabe und Vielfalt



**INTEGRATIONS RAT**  
TÜBINGEN

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>2</b>
Vorwort Oberbürgermeister Boris Palmer	2
Vorwort Integrationsbeauftragte Mihriban Şahin	3
Vorwort Geschäftsstelle des Integrationsrats Lara Maier	3
<b>Erste Amtszeit des Integrationsbeirats</b>	<b>4</b>
Der Integrationsbeirat wird konstituiert	4
Tabellarische Darstellung Entwicklungsprozess Integrationsbeirat	4
Zukunftswerkstatt	11
Interkulturelles Mahl	12
<b>Zweite Amtszeit des Integrationsrats</b>	<b>14</b>
Der Integrationsrat schärft sein Profil in einer verlängerten Amtszeit und setzt das Partizipations- und Integrationsgesetz um	14
Zu Gast beim Integrationsbeirat – Miteinander beim Brunch	14
Pilotprojekt Vote D	16
Arbeitsgruppen des Integrationsbeirats	16
Evaluation der Arbeit des Gremiums	19
Das Partizipations- und Integrationsgesetz Baden-Württemberg	20
Muslimische Bestattungen	21
Einfache Sprache	21
<b>Dritte Amtszeit des Integrationsrats</b>	<b>21</b>
Politische Arbeit des Integrationsrats: Der Integrationsrat setzt sich für politische Teilhabe und Antirassismus ein	21
Antrag auf Anhörung im Gemeinderat zum Thema Alltagsrassismus	24
BePart.fm	25
Kasten der Visionen	26
Mittwochspalten	27
Ombudsrat für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung	28
Einrichtung einer Klient_innen-Servicestelle in der Ausländerbehörde	34
Erdbebenhilfe	35
Wahl Oberbürgermeister_in 2022 und Kommunalwahlen 2024	37
Interkommunale und überregionale Zusammenarbeit	41
Veranstaltungen	41
<b>O-Töne ehemaliger Integrationsrät_innen</b>	<b>43</b>
<b>Glossar mit allen Namen bisheriger Integrationsrät_innen</b>	<b>44</b>

# Vorwort

## Oberbürgermeister Boris Palmer

10 Jahre Integrationsrat! Das ist ein Grund zum Feiern und um Bilanz zu ziehen. Über 30 Prozent der in Tübingen lebenden Menschen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Die Teilhabe und Integration von Tübingerinnen und Tübingern mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte ist in vielerlei Hinsicht wichtig für unsere Stadt. Sie trägt zur sozialen und kulturellen Vielfalt bei, die das Gemeinschaftsleben bereichert und den interkulturellen Austausch fördert. Zugewanderte können als Fachkräfte und Unternehmerinnen und Unternehmer einen wertvollen Beitrag für Wirtschaft und Arbeitsmarkt leisten. Zudem stärkt eine gelungene Integration den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Oberbürgermeister Boris Palmer  
Bild: © Gudrun de Maddalena

Der Integrationsrat als kommunale Migrantenvertretung ist ein wichtiger Bestandteil der Tübinger Demokratie. Nicht alle Tübingerinnen und Tübingern mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte können in gleichem Maße Einfluss auf das kommunalpolitische Geschehen nehmen. Nicht jede Stimme findet gleichermaßen Gehör. Um diese Partizipations- und Repräsentationslücke ein wenig zu schließen, gibt es in Tübingen den Integrationsrat. Um ihn wurde in Tübingen hart gerungen. Der Tübinger Integrationsrat wurde in einem breiten Beteiligungsprozess diskutiert und seine Konstitution in der heutigen Form wurde einstimmig vom Gemeinderat beschlossen – bewusst ein Gremium, das nah an den Menschen ist, mit den lokalen Vereinen und Strukturen vertraut ist. Seine Arbeit ist inzwischen von großer Bedeutung für die pluralistische Tübinger Gesellschaft.

Seither hat sich der Tübinger Integrationsrat zu einem professionell arbeitenden Gremium entwickelt, das auch landesweit als Vorbild für andere Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg gilt. Ich bin davon überzeugt, dass der engagierte Einsatz des Integrationsrats wesentlich zur gelungenen Tübinger Integrationspolitik beiträgt. Die vorliegende Broschüre zeigt dieses hervorragende Engagement und die Meilensteine der Arbeit des Integrationsrats in den vergangenen zehn Jahren.

Ich persönlich bin im regelmäßigen Dialog mit den Integrationsrätinnen und -räten. Unter anderem werde ich jedes Jahr in eine Sitzung des Integrationsrats eingeladen und kann mir seine Expertise und Meinung zu verschiedenen Themen einholen, kann erfahren, was Menschen mit Zuwanderungsgeschichte beschäftigt und mich mit diesem vielfältigen Gremium austauschen. Diesen Austausch habe ich, auch in kontroversen Diskussionen, immer als konstruktiv, bereichernd und wertschätzend empfunden. Für diese Debatten auf Augenhöhe, für die wichtigen Beratungen und für zehn Jahre gute Zusammenarbeit möchte ich mich herzlich bedanken.

Ich gratuliere dem Tübinger Integrationsrat zu seinem 10-jährigen Bestehen und freue mich auf einen weiterhin regen Austausch und eine gute Zusammenarbeit.

Boris Palmer  
Oberbürgermeister

## Vorwort Integrationsbeauftragte

Der Tübinger Integrationsrat spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung von Integration in Tübingen. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Beratung der Stadtverwaltung und des Gemeinderats in integrationsrelevanten Fragen, die Vertretung der Interessen von Tübinger\_innen mit Zuwanderungsgeschichte sowie die Förderung eines diversitätssensiblen Dialogs.



Gemeinsam mit der Stabsstelle Gleichstellung und Integration

hat der Integrationsrat das Tübinger Integrationskonzept weiterentwickelt und ist an seiner Umsetzung maßgeblich beteiligt. Er hat in den vergangenen zehn Jahren viel dafür getan, um die Integration und Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte voranzubringen und sich für Chancengleichheit und Antidiskriminierung einzusetzen. Er hat Öffentlichkeitsarbeits- und Sensibilisierungskampagnen angestoßen, Schulungen zu diversitätssensibler Öffnung von Behörden und Einrichtungen initiiert und Projekte zur Förderung der Gleichbehandlung und Teilhabe unterstützt. Gleichzeitig hat er sich im Gemeinderat und dessen Ausschüssen für Partizipation und Integration stark gemacht. Durch seine vielfältige Expertise und sein unermüdliches Engagement konnte die Universitätsstadt Tübingen ihre Integrationspolitik kontinuierlich weiterentwickeln und ein Miteinander in Vielfalt fördern.

Für die unverzichtbare Zusammenarbeit und das großartige Engagement möchte ich mich bei allen ehemaligen und aktuellen Integrationsrät\_innen herzlich bedanken. Danke für die persönlichen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen, die unsere Arbeit für die Chancengleichheit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte täglich bereichern. Danke für diese Unterstützung. Ich freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit diesem großartigen Gremium und gratuliere zum 10-jährigen Bestehen.

Mihriban Şahin

Leiterin Stabsstelle Gleichstellung und Integration

## Vorwort Geschäftsstelle des Integrationsrats

Mara Dagmar Ziegler begleitete in den ersten Jahren die Konstituierung und die ersten beiden Amtszeiten des Integrations(bei)rats. Sie startete zunächst mit einer 25 Prozent Stelle, die jedoch in der zweiten Amtszeit aufgrund der Aufgabenvielfalt und -menge auf 40 Prozent aufgestockt wurde.

Vor etwas mehr als eineinhalb Jahren übernahm ich nach meiner Elternzeit die Geschäftsstelle für den Integrationsrat von meiner Vorgängerin. Ich bin sehr froh, diese Chance bekommen zu haben. Die Arbeit mit diesem vielfältigen Gremium ist hochinteressant, macht Spaß, lehrt mich täglich sehr vieles und macht mich demütig. Und vor allem ist sie Sinnhaft! Denn die Arbeit, die der Integrationsrat leistet, ist so wichtig und nötig. Leider ist sie das, muss ich sagen. Aber das ist sie. Und ich bin sehr stolz, einen kleinen Beitrag zum Gelingen dieser Arbeit beisteuern zu können. Die Integrationsrätinnen und Integrationsräte bringen mit viel Engagement und Kompetenz die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Gemeinderat, in die Stadtverwaltung und in die Stadtgesellschaft ein. Sie können dadurch Menschen eine Stimme geben, die sonst keine hätten oder nicht gehört werden. Sie können andere, wertvolle Perspektiven auf die verschiedensten Themen einbringen, die letztlich allen helfen. Sie können das Miteinander stärken und Vielfalt als Ressource platzieren.

Liebe Integrationsrätinnen und Integrationsräte, vielen Dank für Eure Arbeit! Und vielen Dank, dass Ihr mich daran teilhaben lasst! Ich gratuliere Euch zum 10-jährigen Jubiläum und zu allem, was ihr in dieser Zeit schon erreicht habt.

Lara Maier

Geschäftsstelle des Integrationsrats

# Der Tübinger Integrationsrat – Meilensteine der vergangenen 10 Jahre

## Erste Amtszeit: Der Integrationsbeirat wird konstituiert

In einem partizipativen und offenen Dialog wurde 2008/2009 ein Rahmenkonzept für die Integration in der Universitätsstadt Tübingen entwickelt, das Integrationskonzept. In verschiedenen Gesprächsforen und Workshops formten sich Leitlinien und Bausteine der Tübinger Integrationspolitik. Dabei entstand auch die Idee eines Gremiums, das den Gemeinderat und die Verwaltung in den Bereichen Chancengleichheit und Integration beraten sollte. Da Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Gemeinderat deutlich unterrepräsentiert waren, sollte über diesen Weg mehr Expertise zu den Bereichen Integration und Migration in die Gremien eingebracht werden.

In der von 2008 bis 2014 andauernden Entwicklungsphase dieses Gremiums gab es hinsichtlich der Ausgestaltung unterschiedliche Vorstellungen seitens der Gemeinderatsfraktionen und der Verwaltung: Für den Gemeinderat war die Bedeutung der Sachkundigen als Interessenvertretung

besonders wichtig. Nur so könnten sich möglichst viele Tübinger\_innen mit Zuwanderungsgeschichte im politischen Geschehen wiederfinden. Hierfür sei weniger die Kenntnis der aktuellen Entwicklungen in der Forschung als vielmehr engagierte Tübinger\_innen mit Kenntnis der lokalen Vereine, Schulen, Institutionen und Initiativen, die sich für Integration einsetzen, vonnöten.

Nach verschiedenen interfraktionellen Anträgen und Vorlagen seitens der Verwaltung, beschloss der Gemeinderat folgende Grundsätze:

„Die Aufgaben des Integrationsbeirats sollen im weitesten Sinne Stellungnahmen, die Handlungsfelder des Integrationskonzepts und selbstständige Themenschwerpunkte sowie Öffentlichkeitsarbeit und eigenständige Verlautbarungen umfassen.“

### Tabellarische Darstellung Entwicklungsprozess Integrationsbeirat

	Interfraktionelle Anträge	Verwaltungsvorschlag	Ergebnis
<b>Funktion</b>	Interessenvertretung (zielgruppenbezogen)	Fachliche Beratung (sachbezogen)	Interessenvertretung
<b>Vorsitz</b>	Gewählte_r Sprecher_in	Oberbürgermeister_in	Gewählte_r Sprecher_in
<b>Auswahl</b>	Wahl mit öffentlicher Ausschreibung	Ernennung nach Vorschlägen aus der Verwaltung und dem Gemeinderat	Öffentliche Ausschreibung und Bewerbungsverfahren; danach Wahl durch Gemeinderat
<b>Kriterien</b>	Sach-, Argumentations- und Fachkompetenz; Migrant_innen, Akteur_innen, Expert_innen	Fach- und Sachkenntnis; Migrationshintergrund erwünscht	Sach-, Argumentations- und Fachkompetenz; Migrant_innen, Akteur_innen, Expert_innen; mindestens die Hälfte soll einen Migrationshintergrund haben.
<b>Sitzungen</b>	Regelmäßig	Bei Bedarf	Regelmäßig, öffentlich, mindestens 4 Mal im Jahr

Abb. 1: Tabellarische Darstellung Entwicklungsprozess Integrationsbeirat

Der Integrationsbeirat soll zur Beratung für Gemeinderat und Verwaltung gegründet werden und sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie für Teilhabe und Akzeptanz auf allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in der Tübinger Stadtgesellschaft einsetzen. Die Geschäftsstelle soll die Mitglieder betreuen und für alle Belange des Integrationsbeirats zuständig sein. Gleichzeitig soll sie für alle ordentlichen und beratenden Beiratsmitglieder Kontaktstelle zwischen Politik und Verwaltung sein.

Der Beirat soll mit der Stadtverwaltung kooperieren und die Stabsstelle Gleichstellung und Integration qua Amt Mitglied sein.

Für die Erstellung der Geschäftsordnung des Integrationsbeirats sollen im Gemeinderat fünf Stadträtinnen oder Stadträte gewählt werden, die künftig Mitglieder des Integrationsbeirats sein sollen. Darüber hinaus soll in einer Zusammenarbeit die öffentliche Ausschreibung für die Wahl der zwölf Mitglieder des Beirats vorbereitet und erstellt werden. Nach erfolgter Ernennung der Mitglieder des Integrationsbeirats soll dieser in einem weiteren Schritt die/den Sprecher\_in wählen und die sachkundigen Einwohner\_innen für die gremiumspolitische Arbeit bestimmen. Das Verfahren wird vom Beirat festgelegt.

Nach der ersten Amtszeit – also nach zwei Jahren – soll eine Bestandsaufnahme und Prozessevaluation des kommunalen Integrationsbeirats erfolgen.“

Am 15. Oktober 2012 wurde die Geschäftsstelle des Integrationsbeirats besetzt. Die Geschäftsstelle unterstützt den Integrationsbeirat in allen organisatorischen Belangen, bereitet die Sitzungen organisatorisch vor und nach (z.B. rechtzeitige Zustellung von Einladungen und Informationen) und protokolliert in einer Niederschrift die Sitzungen des Integrationsrats. Der Gemeinderat wählte am 17. Dezember 2012 fünf gemeinderätliche Mitglieder in den Integrationsbeirat. Diese entwickelten gemeinsam mit der Verwaltung die Geschäftsordnung für den Integrationsbeirat, die im Oktober 2013 vom Gemeinderat beschlossen wurde. Die erste Ausschreibung für die zwölf sachkundigen Einwohner\_innen lief vom 11. November bis 23. Dezember 2013. Aus den Bewerber\_innen wählte der Gemeinderat im März 2014 die zwölf sachkundigen Einwohner\_innen und sieben Nachrückende.

Der erste Integrationsbeirat bestand aus folgenden Mitgliedern:

**Sachkundige Einwohner\_innen:**

Frau Tatjana Fessler  
 Frau Dr. Tea Gaprindashvili-Mellios  
 Frau Dr. Monica Elena Herghelegiu  
 Frau Qin Hu  
 Frau Claudia Rigotti  
 Herr Dr. Nadjib Irewole Sadikou  
 Herr Björn Scherer  
 Herr Dr. Klaus Seiberth  
 Herr Mustafa Sert  
 Herr Deniz-Osman Tekin  
 Frau Emese Tömösvári  
 Herr Ertuğrul Uysal-Soylu

**Gemeinderätliche Mitglieder:**

Dorothea Kliche-Behnke  
 Aynur Söylemez  
 Gerlinde Strasdeit  
 Dr. Kurt Sütterlin  
 Dr. Gretel Schwägerle

Von Seiten der Verwaltung war die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte Dr. Susanne Omran Mitglied qua Amt.

Die konstituierende Sitzung fand am 13. Mai 2014 im Sitzungssaal des Landratsamtes statt.



## **Universitätsstadt Tübingen**

**Konstituierende Sitzung des Integrationsbeirates  
Dienstag, 13.05.2014, 17:30 Uhr, Sitzungssaal des Landratsamtes,  
Wilhelm-Keil-Straße 50**

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlich**

1. Begrüßung durch den Oberbürgermeister
  
2. Einführung durch Frau Dr. Omran, Leiterin der Stabsstelle  
Gleichstellung und Integration der Universitätsstadt Tübingen
  
3. Wahl der Sprecherin bzw. des Sprechers sowie der Stellver-  
tretung
  
4. Entsendung von Mitgliedern des Integrationsbeirates in die  
beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats
  
5. Sonstiges

Hinweis: Im Anschluss an die Sitzung besteht die Möglichkeit zum Gespräch bei Getränken und einem kleinen Imbiss.

gez.  
Ulrich Narr  
Büro des Oberbürgermeisters

Verteiler:  
Mitglieder des Integrationsbeirates  
BOB  
00,01,02 z.K.  
Fraktionsvorsitzende z.K.  
Amtliche Bekanntmachung  
Öffentlichkeitsarbeit (001)  
Leitungen der Stabsstellen und Fachbereiche

Universitätsstadt Tübingen  
----  
Niederschrift über die  
**Sitzung des Integrationsbeirats**  
**am 13.05.2014**

– öffentlich –

Anwesend:

Oberbürgermeister Boris Palmer  
Ulrich Narr, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters

Ordentliche Mitglieder des Integrationsbeirats

Dr. Susanne Omran (Sitzungsleitung bis einschl. TOP 3.1)  
Ertuğrul Uysal-Soylu (Sitzungsleitung ab TOP 3.2)

Tatjana Fessler  
Dr. Tea Gaprindashvili-Mellios  
Dr. Monica Elena Herghelegiu  
Qin Hu  
Dorothea Kliche-Behnke  
Claudia Rigotti  
Dr. Nadjib Irewole Sadikou  
Björn Scherer  
Dr. Gretel Schwägerle  
Dr. Klaus Seiberth  
Mustafa Sert  
Aynur Söylemez  
Gerlinde Strasdeit (bis 18.30 Uhr, einschl. TOP 4.2)  
Dr. Kurt Sütterlin (bis 18.30 Uhr, einschl. TOP 4.2)  
Deniz-Osman Tekin  
Emese Tömösvári

Niederschriftsführung

Dagmar Ziegler, Geschäftsstelle des Integrationsbeirats

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Sitzungsort: Sitzungssaal des Landratsamts Tübingen, Wilhelm-Keil-Str. 50, 72072 Tübingen

Tagesordnung

1. Begrüßung durch den Oberbürgermeister
2. Einführung durch Frau Dr. Omran, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Integration der Universitätsstadt Tübingen
3. Wahl der Sprecherin bzw. des Sprechers sowie der Stellvertretung
4. Entsendung von Mitgliedern des Integrationsbeirats in die beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats
5. Sonstiges

## Sitzungsablauf

### **1. Begrüßung durch den Oberbürgermeister**

Herr Oberbürgermeister Palmer begrüßt die Anwesenden und umreißt die bisherige Geschichte des Integrationsbeirats.

### **2. Einführung durch Frau Dr. Omran, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Integration der Universitätsstadt Tübingen**

Frau Dr. Omran begrüßt und hält eine kurze Einführung.

### **3. Wahl der Sprecherin bzw. des Sprechers sowie der Stellvertretung**

#### 3.1 Wahl der Sprecherin bzw. des Sprechers des Integrationsbeirats

Zur Wahl stehen Ertuğrul Uysal-Soylu und Claudia Rigotti. Beide stellen sich zunächst vor.

Bei der geheimen Wahl entfallen auf Herrn Uysal-Soylu 12 Stimmen, auf Frau Rigotti 6 Stimmen.

Damit ist Herr Uysal-Soylu zum Sprecher des Integrationsbeirats gewählt.

#### 3.2 Wahl der Stellvertretung des Sprechers des Integrationsbeirats

Zur Wahl steht Dr. Monica Elena Herghelegiu. Sie stellt sich zunächst vor.

Bei der geheimen Wahl entfallen auf Frau Dr. Herghelegiu 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Damit ist Frau Dr. Herghelegiu zur stellvertretenden Sprecherin des Integrationsbeirats gewählt.

### **4. Entsendung von Mitgliedern des Integrationsbeirats in die beschließenden Ausschüsse des Gemeinderats**

#### 4.1. Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt

Der Sitzungsleiter fragt, ob es Einwände gegen eine offene Wahl gibt. Dies ist nicht der Fall.

Als Sachkundiger Einwohner für diesen Ausschuss wird einstimmig Mustafa Sert dem Gemeinderat vorgeschlagen.

#### 4.2 Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport

Der Sitzungsleiter fragt, ob es Einwände gegen eine offene Wahl gibt. Dies ist nicht der Fall.

Als Sachkundiger Einwohner für diesen Ausschuss wird mit 17 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

Dr. Klaus Seiberth dem Gemeinderat vorgeschlagen.

Gerlinde Strasdeit und Dr. Kurt Sütterlin verlassen die Sitzung.

#### 4.3 Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung

Zur Wahl stehen Qin Hu und Dr. Nadjib Irewole Sadikou. Auf Frau Hu entfallen in geheimer Wahl 10 Stimmen, auf Herrn Dr. Sadikou entfallen 6 Stimmen.

Als Sachkundige Einwohnerin für diesen Ausschuss wird damit Qin Hu dem Gemeinderat vorgeschlagen.

#### 4.4 Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung

Der Sitzungsleiter fragt, ob es Einwände gegen eine offene Wahl gibt. Dies ist nicht der Fall.

Als Sachkundige Einwohnerin für diesen Ausschuss wird mit 15 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung

Emese Tömösvári dem Gemeinderat vorgeschlagen.

### **5. Sonstiges**

Es werden keine weiteren Punkte angemeldet.

Gez.

Ertuğrul Uysal-Soylu

Dagmar Ziegler

In weiteren neun Sitzungen und zwei Zukunftswerkstätten befasste sich der Integrationsbeirat in seiner ersten Amtszeit mit Themen wie etwa Nacht der Nachhaltigkeit, Unterbringung von geflüchteten Menschen, interkulturelle Kompetenz in Kindertageseinrichtungen und die Konzeption für Kulturelle Bildung. Er bildete verschiedene

Arbeitsgruppen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Konzeption), um die vielen Themen und Aufgaben bewältigen zu können. Er entwickelte einen ersten Flyer und konnte durch einen Zeitungsartikel auf sich und seine Schwerpunkte aufmerksam machen. Auch erste Veranstaltungen führte er durch.

## Integrationsbeirat



### Wer sind wir?

- Wir sind ein beratendes Gremium.
- Wir sind 19 Tübingerinnen und Tübinger mit und ohne Migrationshintergrund.
- Wir sind vom Gemeinderat demokratisch gewählt.
- Was uns verbindet, ist die Bereitschaft, uns für die Integrationspolitik in Tübingen stark zu machen.

### Wer gehört dem Integrationsbeirat an?

#### Mitglieder des Gemeinderats:

Ingrid Fischer, Ernst Gumrich, Dorothea Kliche-Behnke, Beate Kolb, Gitta Rosenkranz, Dietmar Schöning

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

Tatjana Fessler, Dr. Tea Gaprindashvili-Mellios, Hala Fouad-Sindlinger, Ghida Haidar-Adis, Qin Hu, Asli Küçük, Björn Scherer, Dr. Klaus Seiberth, Mustafa Sert, Deniz-Osman Tekin, Emese Tömösvári, Ertuğrul Uysal-Soylu (Sprecher des Integrationsbeirats)

**Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Integration:** Luzia Köberlein

### Was verstehen wir unter Integration?

Wir verstehen Integration als Prozess, bei dem es um die Einbindung von Menschen in alle Bereiche einer Gesellschaft und einer Kommune geht. Integration bedeutet für uns gleichberechtigte Teilhabe, Mitbestimmung und Chancengleichheit. Wir gehen davon aus, dass Integration die Beteiligung und das Mitwirken von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund voraussetzt. Vielfalt ist für uns die Grundlage einer lebendigen Stadtgesellschaft.

### Welche Ziele und Aufgaben haben wir?

Wir wollen im Sinne unseres Integrationsverständnisses Einfluss auf die Integrationspolitik in Tübingen nehmen. Wir beraten den Gemeinderat und die Stadtverwaltung in allen integrationsrelevanten Themen. Wir sind in allen Ausschüssen des Gemeinderats vertreten. Wir nehmen öffentlich Stellung zu aktuellen politischen Fragen. Wir vernetzen und stärken Menschen, Gruppen, Initiativen sowie Institutionen, die sich für Integration einsetzen.

**Wir freuen uns darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!**

Abb. 5: Flyer Integrationsbeirat © Universitätsstadt Tübingen



# POLITIK MACHEN

Mittendrin im kommunalpolitischen Geschehen sind die Mitglieder des Integrationsbeirats Tübingen und des Integrationsrats Reutlingen. Sie sind Experten für Integration und beraten die Gemeinderäte.

**D**er Integrationsbeirat in Tübingen ist noch ein recht junges Gremium: Er wurde 2014 das erste Mal vom Tübinger Gemeinderat gewählt. „Der Beirat setzt sich für Integration – in allen Lebensbereichen – ein“, erklärt Ertugrul Uysal-Soylu, Sprecher des Tübinger Integrationsbeirats. Kulturelle Themen, Erwerbstätigkeit, Alltagsleben und soziale Strukturen spielen eine Rolle. Der Beirat selbst ist bunt aufgestellt: „Unsere Mitglieder kommen aus Ungarn, Russland, der Türkei, Ägypten oder China.“

**VERNETZUNG UND KONTAKTE**  
Neben der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten der Stadt Tübingen sowie jeweils einem Mitglied der Gemeinderatsfraktionen setzt sich der Integrationsbeirat aus zwölf „sachkundigen“ Bürgern zusammen. „Das sind Menschen mit

und ohne Migrationshintergrund, die sich durch ihre Erfahrungen oder den Beruf qualifizieren.“ Jeder hat eine Geschichte und kann die Erfahrungen in die Arbeit einbringen. Vernetzung ist dem Integrationsbeirat besonders wichtig. „Es gibt viele gute Angebote. Aber jeder arbeitet oft für sich“, so Uysal-Soylus Erfahrung. „Wir übernehmen eine Brückenfunktion und stellen Kontakte her, um die Integrationsarbeit noch effektiver zu gestalten.“

## INFORMATIONSFLOSS

Den Kinderschuhen längst entwachsen ist der Integrationsrat in Reutlingen, den es – damals noch als „Ausländerbeirat“ – schon seit 1984 gibt. „Der Integrationsrat ist in Reutlingen etabliert“, berichtet Sultan Braun, Integrationsbeauftragte der Stadt Reutlingen. „Die Mitglieder sorgen für eine Verzahnung der Themen und einen Informations-

fluss zum Gemeinderat.“ Das Gremium besteht aus Oberbürgermeisterin Barbara Bosch als Vorsitzende beziehungsweise Bürgermeister Robert Hahn als ständigem Vertreter, 14 sachverständigen Mitgliedern, die durch den Gemeinderat ernannt wurden, sowie jeweils einem Mitglied der Gemeinderatsfraktionen.

## AKTIV MITGESTALTEN

Die Sachverständigen bringen durch ihre Arbeit, zum Beispiel in Vereinen oder Kindertagesstätten, Wissen rund ums Thema Integration mit. Auch die Erfahrungen der eigenen (Migrations-)Geschichte fließen in die beratende Tätigkeit mit ein. „Das Gremium setzt sich für Integration ein, mit dem Ziel, politisch etwas zu bewegen und das Zusammenleben aktiv mitzugestalten“, beschreibt Sultan Braun einen der Antriebsmotoren, sich für das Amt einzubringen. /

Abb. 6: Welcome! Das Willkommensmagazin für die Region Neckar-Alb, herausgegeben von der IHK Reutlingen im Juni 2016.

## Zukunftswerkstatt

Bei der Zukunftswerkstatt im Mai 2015 wurde die Arbeit, Zusammenarbeit und Wirkung des Gremiums bis dahin reflektiert und nach Ideen für die Zukunft unter der Überschrift „I have a dream“ gesucht.

Schwerpunkte setzte das Gremium auf die Themenfelder „Arbeit“ (mögliche Aktionsfelder: z.B. Nachqualifikation, Unternehmensnetzwerke, Bewerbungen) und „Prinzip Vielfalt – Tübingen macht bunt“ (mögliche Aktionsfelder: z.B. Sport, Freizeit, Kultur).



Abb. 7: Zukunftswerkstatt 2015, Bild: © Universitätsstadt Tübingen

## Interkulturelles Mahl

Als konkrete Projekte wurden zwei Veranstaltungen aus der Zukunftswerkstatt heraus entwickelt: Im Rahmen der Interkulturellen Woche 2015 konnten Mitglieder des Integrationsbeirats auf dem „**Interviewsofa**“ befragt werden.

Und am Tag der Integration bot der Integrationsbeirat 2015 ein **Interkulturelles Mahl** an. Etwa 60 Personen folgten der Einladung. Folgendes Menü wurde mit thematischen Inputs und Klavier-Begleitung angereichert:



### 1. Gang: Russische Vorspeise

**Thema: Dein Tübingen – Mein Tübingen – Unser Tübingen**

In Tübingen wohnen: neue Wohnprojekte, Bauvorhaben, Sozialwohnungen...

Tatjana Feßler (IB-Mitglied) und Barbara Landwehr (Universitätsstadt Tübingen, Planen Entwickeln Liegenschaften)

### 2. Gang: Linsensuppe

**Thema: Frauengesundheit – Männergesundheit**

Gitta Rosenkranz (IB-Mitglied Fachbereich: Aidshilfe) und Dr. Gisela Schneider (Deutsches Institut für Ärztliche Mission e.V.)

### 3. Gang: Arabische Hauptspeise

**Thema: Integration und Pflege**

Ertuğrul Uysal-Soylu (Sprecher des IB) und Adelheid Schmidt (Universität Tübingen, Institut für Soziologie)

### 4. Gang: Tee und süßes Gebäck

**Thema: Anti-Diskriminierung**

Björn Scherer (IB-Mitglied, Migrationsbeauftragter Jobcenter), Annagreta König Dansokho und Borghild Strähle (Antidiskriminierungsstelle des Netzwerk Antidiskriminierung e.V. Region Reutlingen/Tübingen)



Abb. 8: Interkulturelles Mahl, Bild: ©Universitätsstadt Tübingen



An den  
Presseverteiler

### Erfolgreiche Vernetzung beim interkulturellen Mahl

Zu unterschiedlichen Themen, die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund beschäftigen, haben sich vor kurzem rund 60 Tübingerinnen und Tübinger beim gemeinsamen Essen ausgetauscht. Der Integrationsbeirat der Universitätsstadt Tübingen hatte Vertreterinnen und Vertreter von rund 85 Institutionen zum interkulturellen Mahl eingeladen.

„Unser Ziel war es, dass wir uns als Integrationsbeirat noch besser mit den Akteurinnen und Akteuren vernetzen, die sich in Tübingen für Integration einsetzen“, sagt Ertuğrul Uysal-Soylu. Der 61-Jährige mit türkischen Wurzeln ist Sprecher des Integrationsbeirats. „Bei der Zukunftswerkstatt des Integrationsbeirats hatten wir neben Arbeit und Ausbildung auch Vielfalt als einen Schwerpunkt für die derzeitige Amtszeit festgelegt. Es ist toll, dass sich einige unserer Themen nun im interkulturellen Mahl widerspiegeln“, freut sich Luzia Köberlein, Leiterin der städtischen Stabsstelle Gleichstellung und Integration.

Im Dietrich-Bonhoeffer-Haus wurden im Laufe des Abends Spezialitäten aus der ganzen Welt serviert: Auf der Speisekarte standen eine russische Vorspeise, eine Linsensuppe aus Ägypten, eine arabische Hauptspeise sowie Tee und süßes Gebäck. Vor jedem Gang gab es einen Kurzvortrag, den ein Mitglied des Integrationsbeirats mit einer Fachperson gestaltete. Die Themenvielfalt reichte vom Wohnen in Tübingen über Gesundheit und kultursensible Pflege bis zu Antidiskriminierung. Darüber konnten die Teilnehmenden, die an Tischen zu je zehn Personen saßen, miteinander ins Gespräch kommen.

„Es war eine prima Idee, den Geist mit dem Bauch zu verbinden und zu jedem Gang ein Migrationsthema als Vorspeise zu garnieren. So hatten wir viel Gesprächsstoff an unseren Tischen“, sagt Margarete Lanig-Herold, Geschäftsführerin des Vereins Infö, der ein interkulturelles Mehrgenerationenhaus betreibt. Neben den Mitgliedern des Integrationsbeirats, die im Laufe des Abends die Tische wechselten, nahmen unter anderem Vertreter der Migrationsberatungsstellen, der internationalen Vereine in Tübingen und der Flüchtlings-Unterstützergruppen teil. Sabina Mammadova aus Aserbaidschan begleitete den Abend am Klavier.

[www.tuebingen.de/integrationsbeirat](http://www.tuebingen.de/integrationsbeirat)

### Presseinformation

14.12.2015

Kontakt Sabine Schmincke  
Telefon 0 70 71 204-1500  
Fax 0 70 71 204-1111  
E-Mail [presse@tuebingen.de](mailto:presse@tuebingen.de)  
Nummer 525 / 2015  
[www.tuebingen.de/presse](http://www.tuebingen.de/presse)

Seite 1/1

## Mittwochspalte

Ana  
Morella Mejias  
Integrationsrat  
Tübingen



### Für ein Haus der Kulturen

**Kunst und Kultur** öffnen wichtige Zugänge zur Teilhabe und Integration. Hier in Tübingen leben Menschen aus mehr als 140 Nationen, ein Viertel der Tübingerin- und Tübinger hat internationale Wurzeln. Sie haben viel zu erzählen und zu teilen.

Auch viele internationale und lokale Vereine sowie Kulturschaffende aus unterschiedlichen Herkunftsländern betreiben und fördern tatkräftig Kultur und Dialog. Bleiben diese jedoch unter sich und erfahren wenig von Anderen, entsteht ein Konglomerat an einzelnen und teils isolierten Akteuren, die Mühe und wenig Möglichkeiten haben, eine „Kultur des Miteinanders“ zu entwickeln.

Für Theater, Konzerte oder Ausstellungen fehlt zweifellos ein geeigneter und kontinuierlicher Raum, wo Kulturakteure sich wirklich vernetzen, über einen längeren Zeitraum miteinander arbeiten und voneinander lernen können. Dafür braucht Tübingen einen Ort des Austausches, für die Zusammenarbeit von und für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, ein „Haus der Kulturen“. Ein „Haus der Kulturen“ wurde bereits im Tübinger Integrationskonzept und in der Tübinger Kulturkonzeption angedacht.

Wir, der Integrationsrat Tübingen, sind davon überzeugt, dass ein solcher Ort, der Unterschiede nicht scheut und auf einen lebendigen Austausch zielt, eine wichtige Plattform und ein Experimentierfeld werden kann, um Kunst und Kultur als Motor des Miteinanders einzusetzen und die kulturelle und individuelle Vielfalt in Tübingen zu würdigen.

Um ein solches Projekt zu realisieren und die notwendigen bürokratischen Schritte durchzuführen, brauchen wir eine breite Unterstützung sowohl von Organisationen, Gruppen, Vereinen und Einzelpersonen der Stadt als auch vom Gemeinderat und der Stadtverwaltung. Wir freuen uns über jedes Interesse am Projekt.

## Mittwochspalte

Deniz  
Tekin  
Integrationsrat  
Tübingen



### Ran an die Wahlurnen!

**Am 26. Mai** des kommenden Jahres dürfen viele Tübinger/innen wieder wählen gehen. Neben der Europawahl stehen die Kommunalwahlen mit der Wahl des Kreistags, des Gemeinderats und der Ortschaftsräte an. Um die 60 Prozent der wahlberechtigten Tübinger/innen machten bei den letzten Wahlen von ihrem Recht Gebrauch und gingen zur Wahl – ein Recht, das für viele Menschen in anderen Regionen der Welt nicht selbstverständlich ist. Einige riskieren sogar ihr Leben dafür.

Da erscheint die Wahlbeteiligung in Tübingen, die bundesweit sogar über dem Durchschnitt liegt, sehr bescheiden. Dabei geht es um viel: Repräsentation, politische Kontrolle, Legitimation und Mitbestimmung. Vor diesem Hintergrund entsteht ein beklemmendes Gefühl, wenn Studien zeigen, dass die Wahlbeteiligung unter Deutschen mit Migrationshintergrund um bis zu 20 Prozent geringer ausfällt als bei Einheimischen.

Verheerender: Menschen, die hier seit Jahrzehnten zuhause sind, aber weder aus der EU stammen, noch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, dürfen an den Wahlen im kommenden Mai nicht teilnehmen: keine Repräsentation, keine politische Kontrolle, schwache Legitimation, keine Mitbestimmung. Eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen lebt inzwischen seit vielen Jahrzehnten hier und ist von politischen Entscheidungen betroffen, ohne dass sie darauf Einfluss nehmen darf. Ein Rückzug in die „eigene“ Community oder in die Politik des vermeintlichen Heimatlandes liegt da auf der Hand.

Noch vor 100 Jahren durften Frauen in Deutschland ebenfalls nicht wählen. Erst am 12. November 1918 – erkämpft von Frauenrechtler/innen – trat das aktive und passive Wahlrecht für Frauen in Kraft. Im Januar 1919 konnten sie schließlich zum ersten Mal in Deutschland ihr Wahlrecht ausüben. Dieser bedeutende Jahrestag in Sachen Gleichstellung und Demokratie ist auch Anlass, die langjährige Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer/innen vorzubringen.

Um die Wahlbeteiligung unter Deutschen mit Migrationshintergrund zu steigern, engagiert sich der Integrationsrat gemeinsam mit der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration der Stadt Tübingen im Rahmen des Projekts „Vote T“: Vorträge, informative Gespräche, Schaubilder, eine Broschüre und Blicke hinter die Kulissen der Politik sollen das Interesse wecken und eine höhere Partizipation bewirken. Also ran an die Wahlurnen am 26. Mai! *Privatbild*

## 2. Amtszeit: Der Integrationsrat schärft sein Profil in einer verlängerten Amtszeit und setzt das Partizipations- und Integrationsgesetz um

In seiner zweiten Amtszeit konkretisierte der Integrationsbeirat die Art und Weise seiner (Zusammen-)Arbeit. Zum Beispiel wurde diskutiert, wie die im Partizipations- und Integrationsgesetz festgelegte Entsendung in den Gemeinderat und seine Ausschüsse aussehen könnte. Der Beschluss war zunächst, die Entsendungen nebst Stellvertretungen für ein Jahr zu wählen. Die Entsendeten sollten den Integrationsbeirat in den Sitzungen vertreten und bei Bedarf vorab ein Stimmungsbild des gesamten Integrationsbeirats zu relevanten Themen einholen. Seit- her sind Entsendete des Integrationsrats in den Sitzungen des Gemeinderats, des Verwaltungsausschusses, des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales sowie des Planungsausschusses mit einem Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht vertreten.

In seinen Sitzungen der zweiten Amtszeit beschäftigte sich der Integrationsbeirat unter anderem mit der in Tübingen durchgeführten Sicherheitsumfrage und einem „Haus der Kulturen“. Letzteres war auch Thema einer der Mittwochspalten, einer Kolumne im Schwäbischen Tagblatt, in der jede Woche die Ratsfraktionen, die Stadtverwaltung, der Jugendgemeinderat und der Integrationsrat im Wechsel zu Wort kommen: „Haus der Kulturen“. Eine weitere trug 2018 den Titel „Ran an die Wahlurnen!“.

Seine Arbeit stellte der Beirat außerdem bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen mit Ständen vor: zum Beispiel der Neubürger\_innen-Begrüßung am 5. November 2016 und bei der Auftaktveranstaltung der Interkulturellen Woche am 25. September 2016.

### Zu Gast beim Integrationsbeirat – Miteinander beim Brunch

Unter diesem Motto lud der Integrationsbeirat im Oktober 2017 zum Kennenlernen und Austausch bei Essen und Musik ein. Tischgespräche wurden u.a. zu den folgenden Themen angeboten: „Bundestagswahl: Gewählt oder nicht?“, „Sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum“ oder „Kultur des Miteinanders“.

Abb. 10: Schwäbisches Tagblatt Mittwochspalte 20.06.2018

Abb. 11: Schwäbisches Tagblatt Mittwochspalte 07.11.2018

## Einladung



[www.tuebingen.de/integrationsbeirat](http://www.tuebingen.de/integrationsbeirat)

### **Zu Gast beim Integrationsbeirat – Miteinander beim Brunch Kennenlernen und Austausch, Essen und Musik**

am Sonntag, 1. Oktober 2017, 10 bis 14 Uhr  
im Stadtteiltreff Waldhäuser Ost, Berliner Ring 20, 72076 Tübingen

Im Rahmen der interkulturellen Woche laden wir herzlich zu einem Brunch ein. Alle, die sich für Miteinander, für Teilhabe, Mitbestimmung und Chancengleichheit von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen einer Gesellschaft einsetzen, sind unsere verehrten Gäste.

Beim Brunch wird uns und Ihnen die Gelegenheit gegeben, sich kennenzulernen, auszutauschen, zu diskutieren, Fragen zu stellen, zu schmecken und zu kooperieren. Internationale Musik und kurze thematische Inputs zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen werden uns begleiten. Als besonderes Highlight sind Sie herzlich zu einem kleinen Musikworkshop mit den wunderbaren Musikerinnen und Musikern von „Musizieren für Integration“ eingeladen.

Der Integrationsbeirat Tübingen  
in Kooperation mit dem Stadtteiltreff Waldhäuser Ost e.V.

*Offener Austausch miteinander erleichtert unser Verständnis füreinander.*

**10.00 Uhr**  
**Stehempfang mit Getränken**

**10.15 Uhr**  
**Eröffnung der Veranstaltung mit musikalischer Begleitung**  
Begrüßung durch Qin Hu und Asli Küçük (Integrationsbeirat)  
Grußworte von Luzia Köberlein (Stabsstelle Gleichstellung und Integration, Integrationsbeirat) und Anne Kreim (Stadtteiltreff WHO, Integrationsbeirat)

**10.30 Uhr**  
**Eröffnung des Buffets**  
Tischgespräche: „Eine Woche nach der Bundestagswahl.  
Gewählt oder nicht gewählt?“

**11.20 Uhr**  
**Tischgespräche**  
„Selbstbestimmt leben?!  
Sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum“

**12.10 Uhr**  
**Tischgespräche**  
„Eine Kultur des Miteinanders und der Kooperation –  
wie geht es?“

**13.00 Uhr**  
**Kleiner Musikworkshop mit Musiker/-innen**  
von „Musizieren für Integration“: Miteinander musizieren!

**13.30 Uhr**  
**Austausch und Ausklang**

Im Außenbereich finden Sie Sitzgelegenheiten.  
**Dort können Sie Ihren Verein mit Bildern und Infos  
an Stellwänden vorstellen.**

Für die Kinder gibt es eine „Spielwiese“ und Kreide zum Malen.

Abb. 12: Einladungskart: Zu Gast beim Integrationsbeirat – Miteinander beim Brunch, © Universitätsstadt Tübingen

## Pilotprojekt Vote D

2017 kam der Verein minor e.V. mit dem Pilotprojekt Vote D auf die Universitätsstadt Tübingen zu. Tübingen sollte im Rahmen des Projekts als Modellkommune über die im Folgejahr anstehende Bundestagswahl informieren und für die Teilnahme an der Wahl werben. Der Integrationsbeirat brachte sich ein, indem er Infoveranstaltungen für arabischsprachige und russischsprachige Communities und für Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte durchführte.

Aus diesem Format entwickelte sich das Projekt Vote T, wobei das T für Tübingen steht. Da die politische Partizipation, auch aber nicht nur von Menschen ohne Wahlrecht, oberstes Ziel des Integrationsbeirats ist, engagierte er sich bei dem Projekt, indem er gemeinsam mit der Stadt eine umfangreiche Informationsbroschüre zur Kommunalwahl 2019 entwickelte und herausgab.

Die Broschüre verschickte der städtische Fachbereich Kommunales u.a. an alle EU-Bürger\_innen, die noch nicht in Deutschland im Wähler\_innenverzeichnis für die Europawahl eingetragen waren, sondern noch in ihren Heimatländern, und Integrationsbeirat\_innen verteilten sie an Vereine, Migrantenorganisationen, Einzelpersonen und verschiedene Gruppen. So sollten möglichst viele Menschen erreicht und zu der Frage „Wie kann ich wählen?“ aufgeklärt werden.



Abb. 16: Kommunalwahlbroschüre 2019, © Universitätsstadt Tübingen



Abb. 13-15: Wahlinformationsveranstaltungen des Integrationsbeirats im Rahmen von Vote D, Bilder: © Integrationsbeirat Tübingen

## Arbeitsgruppen des Integrationsbeirats

Um effizient und zielgerichtet agieren zu können, stellte der Integrationsbeirat in seiner zweiten Amtszeit verschiedene Arbeitsgruppen auf und setzte hierfür konkrete Ziele und Schwerpunkte. Die Arbeitsgruppen trafen sich regelmäßig und berichteten in den Sitzungen des Integrationsbeirats von ihrer Arbeit. So sollte die begrenzte Anzahl und Dauer der Sitzungen maximal genutzt werden.

Die AG „Bilanz“ erstellte beispielsweise gegen Ende der ersten Amtszeit einen Evaluationsbogen, mit dem die Arbeit des Gremiums evaluiert und ggf. Anpassungen für die folgende Amtszeit vorgenommen werden sollten. Die Mitglieder konnten Angaben u.a. zu den Rollen der verschiedenen Mitgliedergruppen (Sachkundige, gemeinderätliche Mitglieder, Integrationsbeauftragte), über die Diskussionskultur oder die Erfüllung der Aufgaben des Integrationsrats laut Geschäftsordnung machen.

- Unterstützung für die EU-Charta Gleichstellungsgesetz ausgesprochen, da sie auch für geflüchtete Frauen und Männer wichtig ist.

#### **4) Ziele bis Februar 2018, Vorstellung der Pläne der fünf Arbeitsgruppen des Integrationsbeirats**

##### **a) AG Islamische Gesellschaft in Tübingen**

###### - Oberziel der AG

Multiperspektivische Dialogförderung zwischen dem IB und den muslimischen Gemeinden und der Stadt Gesellschaft. Die Grundlage sollte immer unser Grundgesetz sein.

###### - Unterziele

- Gemeinsames Fastenbrechen, die AG ist in Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden der Organisator
- Überblick über die muslimischen Gemeinden bekommen und verschriftlichen
- Treffen mit den muslimischen Gemeinden.
- Kontakt zum „Arabisch-Deutschen und Internationalen Familientreff“ kann in einem weiteren Schritt erfolgen.

###### - Arbeitsaufträge

Treffen 28.03.2017 im Rathaus Raum 108; Einladung der Vertreter des alevitischen Vereins und zugleich Arbeitstreffen für die AG.

Treffen 6.04.2017 Einladung dazu an die Vertreter der Moscheegemeinden.

Inhalt: Fastenbrechen und offener Austausch

###### - Struktur

Beate Kolb ist als (seit März 2017) stellvertretendes Mitglied im IB weiterhin Mitglied der AG und deren Koordinatorin.

##### **b) „Feuerwehr-AG“ (war: „AG Interkulturelle Begleitung von Kitas und Schulen“)**

Der ursprüngliche Plan, Abfragen in Schulen und Kitas zur Umsetzung der Konzepte durchzuführen, wird nicht weiterverfolgt. Die Teilnahme an den Arbeitsgruppen, die sich schon mit diesem Thema beschäftigen, ist zeitlich nicht realistisch für die AG-Mitglieder.

Die AG gibt nun die bisherige Ausrichtung auf und möchte sich ganz offen zu Themen, die „brennen“, einbringen. Das können z.B. Themen sein, die Geflüchtete betreffen (z.B. Frauenhäuser für geflüchtete Frauen, Kindergarten-, Schulplätze für geflüchtete Kinder) oder Themen, die sich aus dem Besuch bei den internationalen Vereinen ergeben. Der Name der AG „Feuerwehr-AG“ ist noch ein Arbeitstitel.

##### **c) AG Internationale Vereine und Interkulturelle Woche (IWO)**

###### - Interkulturelle Woche (IWO):

- Teilnahme am 24. September mit Infostand.
- Idee für Beitrag zur IWO: Schlemmeroute: Am oder ab 30.09. kochen verschiedene Gruppen (Internationale Vereine) an einer Woche oder an einem Tag an verschiedenen Orten in der

Stadt. Ggf. mit Extra-Flyer bewerben. An jedem Schlemmer-Punkt soll ein IB-Mitglied stehen, um sich bekannt zu machen. Planung: Im Mai genauer klären, im Juni festzurren.

- Internationale Vereine:

- Die Besuche bei den (internationalen) Vereinen sollen fortgesetzt werden. Ziel ist dabei auch, kleine Vereine zu vernetzen.
- Einladung der (internationalen) Vereine zum Brunch „Zu Gast bei uns. Der Integrationsbeirat lädt ein“. Terminvorschläge: 8.10., 22.10, 5.11. Tatjana Fessler schickt eine doodle-Umfrage per E-Mail.
- Die Idee „Auf dem Rad mit dem IB“ wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

**d) AG Antidiskriminierung**

- Ziele der AG

- Diskriminierung/ Rassismus, Barrieren beim gleichberechtigten Zugang zu den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ressourcen in der Stadt Tübingen sichtbar machen
- Vielfalt positiv besetzen & sichtbar machen

- Unterziele

- Fortbildung nach Innen / Austausch zu den Themen Kultur, Integration und Rassismus
- Einschätzungen, Erzählungen, Bilder, Stimmen zu Diskriminierung in der Stadt Tübingen einholen (auch im IB – hier Verbindung zu Punkt 1)
- Integrationskonzept: Einfluss nehmen. Beim Thema Diskriminierung sollen Experten hinzugezogen werden und Standards gesetzt werden.
- Aktion zur Bundestagswahl / evtl. Video-Clip f. Kinis: „Alltagsrassismus thematisieren“
- Unabhängige Patient\_innen-Kommunikation – Klärung der Kostendeckung im Gesundheitswesen

**e) AG Öffentlichkeitsarbeit**

- Oberziel der AG

Bekanntmachung der Arbeit und der Aufgaben des IB, aktuelle Information über den IB

- Etappenziele

- Roll-up  
Slogan „Ja zur Vielfalt“ in verschiedenen Sprachen auf einem typischen Tübinger Hintergrund (z.B. Neckarfront)
- Neuer Flyer mit aktuellen Information des IB. Foto-Termin bei der Sitzung 18.07.17
- Pflege der Website mit relevanten Informationen (Bitte an die AGs, Wichtiges mitzuteilen)
- Bericht im Schwäbischen Tagblatt? Mittwochsspalte? Fraktionen: interfraktionelles Schreiben ans Schwäbische Tagblatt mit Information, wie oft der Gemeinderat zugunsten des IB auf die Mittwochsspalte verzichtet, Bericht über IB alle 4 Monate (3x/Jahr).
- Facebook-Seite?

- Bis Februar 2018:

- Roll-up
- Flyer
- Pflege der Website

**5) Anregung zur Strukturänderung, Anzahl der Sprecher/innen**

Wird verschoben.

## Evaluation der Arbeit des Gremiums

Die Evaluation zum Ende der ersten Amtszeit war einerseits bereits beim Beschluss über die Ausgestaltung des Beirats

festgelegt worden, andererseits war auch den Mitgliedern die Selbstevaluation des Gremiums und ihrer Arbeit wichtig.


Evaluation Integrationsrat

---

**1.4 Wo siehst Du strukturelle Stärken und Schwächen, wenn Du die Auswirkung Deiner eigenen Kapazität (Zeit, Energie, Ressourcen) auf Dein bisheriges IR-Engagement überprüfst?**

**FAZIT zu Frage 1.4:**

**Stärke:**

- Initiative einbringen und zuverlässig deren Entwicklung fördern
- Gutes Ambiente, Vielfältiges Team, durch die Mischung sind 6 Gemeinderat-Fraktionen und die Stadtverwaltung direkt im IR vertreten.
- Schneller Informationsfluss
- IR und Stabstelle sind beide dafür zuständig. Möglichkeiten, mehr aufeinander abzustimmen, sind da.  
Vorschlag: aus dem Tagesordnungspunkt „Bericht aus der Stabstelle“ lieber „Austausch IR und Verwaltung“

**Schwäche:**

- Zeitmangel: Termine zu finden, Regulären Termine sind nicht zu häufig, Terminüberschneidung (10)
- Zu wenig Zeit und zu viele Themen, so dass die Themen oft nicht vertieft werden können. (1)
- Sehr schwierig, eine Stellungnahme als IR zu verfassen (1)
- Reibungsverluste durch Abstimmungen via Mail (2)
- Die Struktur der AG's ist nicht gut genug, verbesserungswürdig. (1)
- Dem IR fehlt es an Selbstbewusstsein, sich einzumischen, Missstände aufzugreifen, Stimmen für diejenigen zu sein, die mehr Gehör brauchen.(1)
- Vorschlag: Jedes Mitglied des Rates sollte höchstens nur zwei Positionen in unterschiedlichen Bereichen des IR besitzen. (1)

14. Juni 2024
5

Abb. 19: Evaluationsbogen 1


Evaluation Integrationsrat

---

**3.3. Wie bewertest Du die bisherige Arbeit des IR, eigene Projekte für Integration als gleichberechtigte Teilhabe, für interkulturelle Öffnung, Chancengleichheit, diskriminierungs- und diversitätssensiblen Umgang zu initiieren, organisieren und durchzuführen? (Beispiele: IR-Arbeitsgruppen, Antrag Muslimische Bestattung in Tübingen, interkultureller Brunch, Vote D, Vote T, Kommunalwahl-Broschüre bei IR, Fachveranstaltung Basiswissen Islam)**

**FAZIT zu Frage 3.3.:**

- Dieser Bereich wurde mehrheitlich und hauptsächlich positiv bewertet (11x siehe gelbe Markierungen).
- Positiv: Veranstaltungen = Formen niedrigschwelliger gelebter Integration (z.B. Brunch), IR-Mitglieder konnten ihre organisatorischen und kreativen Fähigkeiten und ihre Stärken, Menschen anzusprechen einbringen, AG'en waren wirksam, (z.B. muslimische Bestattung, Vote T);
- Schwierig: zu viel Zeit im Vergleich zu anderen Aufgaben, zu zeitaufwändig, nicht effizient genug

Abb. 20: Evaluationsbogen 2

**5b 2**

**Was waren für Dich die größten Erfolge der IR-Arbeit in dieser Amtszeit?**

**Fazit:**

- Muslimische Bestattung (6 Nennungen)
- Vote D (5 Nennungen)
- Vote T (3 Nennungen)
- Brunch/Treffen mit Internationalen Vereinen im WHO (2 Nennung)
- Mittwochsspalte (2 Nennungen)
- Wegbereitung für Haus der Kulturen (1 Nennung)
- Arbeit mit verschiedenen muslimischen Gruppen (1 Nennung)
- Mehrere kleine Erfolgsgeschichten (1 Nennung)

Abb. 21: Evaluationsbogen 3

## Das Partizipations- und Integrationsgesetz Baden-Württemberg

Am 5. Dezember 2015 trat das **Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) Baden-Württemberg** in Kraft. Da der Integrationsbeirat ein Integrationsrat im Sinne der §11 und §13 PartIntG ist, fand 2018 die Umbenennung in Integrationsrat statt. Die Umsetzung des PartIntG wurde in diesem Zuge in der Geschäftsordnung ergänzt.

### § 11 PartIntG

#### Integrationsausschüsse und Integrationsräte

**(1)** Die Gemeinden und Landkreise können Integrationsausschüsse oder Integrationsräte für Fragen, welche die Gestaltung des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft und insbesondere die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, einrichten.

weise die Landrätin oder der Landrat dem Kreistag zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

**(3)** Jedes Mitglied des Integrationsrats verfügt über Rede- und Stimmrecht im Integrationsrat.

### § 13 PartIntG

#### Integrationsrat

**(1)** Der Integrationsrat besteht aus Einwohnerinnen oder Einwohnern, die einen Migrationshintergrund haben oder aufgrund ihrer Kenntnisse in Fragen der Migration und Integration einen Beitrag zur Arbeit des Integrationsrats leisten können.

**(4)** Vorlagen, die die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, sind dem Integrationsrat möglichst frühzeitig zuzuleiten. Der Integrationsrat hat das Recht, eine Vertretung in die Sitzungen des Gemeinderats beziehungsweise des Kreistags zu entsenden, die dort in Angelegenheiten aus dem Bereich Integration Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht hat.

**(2)** Der Integrationsrat kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde beziehungsweise des Landkreises befassen. Auf Antrag des Integrationsrats hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister eine Angelegenheit aus dem Bereich Integration dem Gemeinderat beziehungs-

**(5)** Die Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung des Gemeinderats beziehungsweise des Kreistags zu regeln.

## Muslimische Bestattungen

Für das Thema Muslimische Bestattungen setzte sich der Integrationsrat in seiner zweiten Amtszeit ebenfalls ein: Auf Initiative des Integrationsrats fand 2017 mit dem städtischen Friedhofsamt eine Exkursion zu einem Tübinger Friedhof und zu den muslimischen Grabstätten auf dem Reutlinger Friedhof Römerschanze statt. 2018 wurde das Thema bei dem Workshop „Entwicklung Bestattungskultur“, an dem die Verwaltung, die Kommunalen Servicebetriebe, Gemeinderatsmitglieder, Ortsvorsteher\_innen und Mitglieder des Integrationsrats teilnahmen, weiterverfolgt. Ergebnis des Workshops war u.a., dass auf dem Bergfriedhof die Möglichkeit eines muslimischen Gräberfeldes mit rund 100 Gräbern, ggf. mit separatem Eingang, untersucht werden sollte. Auch die Machbarkeit eines Waschraums für die rituelle muslimische Waschung sollte kostenmäßig abgeschätzt werden.

Um bezüglich der Grabpflege einen Kompromiss zu finden, sollte ein Konzept gefunden werden, bei dem auch ohne viel Aufwand und Pflege dennoch ein ansprechendes Aussehen erreicht werden kann (z.B. Rasen). Bei dem Workshop brachte der Integrationsrat relevante Punkte ein. Durch die Corona-Pandemie geriet die Weiterentwicklung des Bergfriedhofs in Verzögerung. Daher widmet sich der Integrationsrat diesem wichtigen integrationspolitischen Thema noch heute. Voraussichtlich 2025 gehen die Planungen und Planungsvarianten zum Bergfriedhof unter Einbeziehung des Integrationsrats weiter.

## Einfache Sprache

Mit einem Antrag bezüglich Einfacher Sprache beauftragte der Integrationsrat die Stadtverwaltung im September 2018 zu prüfen, bei welchen behördlichen Dokumenten die Abfassung in einfacher Sprache möglich und nötig ist. Das Thema wird im Rahmen des Integrationskonzepts weiterverfolgt.

## 3. Amtszeit: Politische Arbeit des Integrationsrats: Der Integrationsrat setzt sich für politische Teilhabe und Antirassismus ein

Die dritte Amtszeit des Integrationsrats ist gleichzeitig seine bisher längste. Um eine möglichst konsistente Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat zu erreichen, wurde die Amtszeit des Integrationsrats an die des Gemeinderats gekoppelt und auf fünf Jahre verlängert. Außerdem fanden 2023 umfangreiche Anpassungen der Geschäftsordnung statt. So erweiterte sich der Integrationsrat beispielsweise um ein jugendgemeinderätliches Mitglied. Dadurch sollten auch Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte eine Stimme im Integrationsrat bekommen. Zusätzlich wurde die Geschäftsordnung dahingehend ergänzt, dass sich der Integrationsrat nicht nur gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und geschlechtliche Diskriminierung, sondern gegen jede Form von Diskriminierung entsprechend AGG §1 (Rasse, ethnische Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität) stellt.

In seinen Sitzungen der dritten Amtszeit setzte sich der Integrationsrat u.a. mit der Fortschreibung des Integrationskonzeptes (z.B. Handlungsfeld „Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation“), mit Maßnahmen zur Prävention von Benachteiligungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Ausländerbehörde (Pressemitteilung Abb. 22) auseinander und tauschte sich mit dem Leiter des Polizeireviers Tübingen aus.

## **Anti-Rassismus ist kein Ziel, sondern ein Weg und ein Prozess für jeden von uns.**

Wir, der Integrationsrat Tübingen, bedanken uns für die angenommene Einladung und die konstruktive Austauschrunde mit Frau Dr. Daniela Harsch (Bürgermeisterin für Soziales, Ordnung und Kultur der Universitätsstadt Tübingen), Herrn Richard Heß (Leiter des Fachbereichs Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung) und Herrn Wilhelm Gunkel (Leiter der Fachabteilung Bürgeramt) am 24. November. Das Gesprächsthema war die Prävention von strukturellem Rassismus in der Stadtverwaltung. Tübingen ist eine bunte und weltoffene Stadt. Auch die Haltung der Verwaltung gegenüber Bürger\*innen mit Migrationshintergrund, sollte das widerspiegeln. Fortbildungen und Schulungen, welche die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter\*innen fördert, sind aus unserer Sicht regelmäßig anzubieten, wie auch die Möglichkeit einer Supervision für die Beschäftigten der Stadtverwaltung.

Wie sich im Gespräch herausstellte, fanden vor einigen Jahren viele der angesprochenen Schulungsangebote statt. Die meisten von ihnen hatten jedoch keinen verpflichtenden Charakter. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir eine Aktualisierung der Inhalte, sowie die Evaluation von erfolgten Fortbildungen. Die Einrichtung einer - möglichst unabhängigen - Beschwerdestelle, an die sich Bürger\*innen wenden können die Diskriminierungserfahrungen im Umgang mit der Verwaltung gemacht haben, wäre unserer Einschätzung nach wünschenswert. Bereits existierende Anlaufstellen mit solchen Funktionen, wie ADIS, Pro Asyl, etc., sollten ihre Bemühungen in Zukunft gemeinsam mit der Stabstelle Gleichstellung und Integration bündeln und eine Rückkopplung gegenüber der Stadtverwaltung sicherstellen. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Integrationsrat, Stabstelle Gleichstellung und Integration, und freien Trägern im Bereich Migration in Zukunft intensiviert werden sollte. Durch einen regelmäßigen Austausch mit Frau Dr. Harsch sollten Problempunkte erörtert und mögliche Lösungsansätze entwickelt werden.

Ein wichtiger Aspekt in der Diskussion stellten die erschwerten Verhältnisse in der Ausländerbehörde dar: Die Corona-Pandemie verursacht schlechte Erreichbarkeit, suboptimale Arbeitsbedingungen, ungeeignete Räumlichkeiten und einen unzureichenden Personalschlüssel. Der Unmut über das Fehlen eines festen Ansprechpartners, die ausbleibende oder verlangsamte Terminvergabe, sowie Sprachbarrieren, wird zunehmend größer. Hier müssen Lösungen gefunden werden. Wir fordern den Gemeinderat dazu auf, trotz problematischer finanzieller Lage des Haushalts, dieses Ziel auf die Prioritätsliste zu setzen.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit, die am 24. November aufgenommen wurde und hoffen, dass wir dadurch gemeinsam einen Beitrag zum friedlichen und toleranten Gesellschaftsklima in unserer Stadt leisten können.

# Wie erreichbar ist das Ausländeramt?

**Bürokratie** Es gibt Kritik wegen langer Wartezeiten und schlechter Erreichbarkeit. Die Zuständigen nahmen Stellung. Von Lorenzo Zimmer

Immer wieder gibt es Kritik an der Arbeit des Tübinger Ausländeramts. Vor Kurzem gründete sich in Tübingen eine „Arbeitsgemeinschaft Ausländerbehörde“, die Betroffenen die Möglichkeit geben soll, sich über ungerechte, nicht sachgemäße und nicht fristgerechte Behandlung durch die Behörde auszutauschen. Aus Unterstützkerkreisen für Flüchtlinge und von anderen Stellen erreichte auch das TAGBLATT immer wieder Kritik an der Behörde (siehe Infobox), das Thema war in der vergangenen Woche zudem Gegenstand eines Berichts im Kultur- und Sozialausschuss des Gemeinderats.

## Nicht so erreichbar wie gewünscht

Ein Teil dieser Kritik bezieht sich auf die schlechte Erreichbarkeit und die lange Zeit, die man auf einen Termin warten müsse. Wilhelm Gunkel, Leiter der Ausländerbehörde, und Richard Heß, Leiter der Fachabteilung Bürgeramt, bekannten in der Sitzung: „Wir wissen, dass das Ausländeramt nicht so erreichbar ist, wie wir das gerne hätten.“ In einer schriftlichen Stellungnahme weisen die beiden darauf hin, dass die Räume beengt und die Aufgaben vielfältig, jedoch nicht immer leicht zu bearbeiten seien: „Regelmäßig waren die Unterlagen beim ersten Besuch nicht vollständig und es wurde ein weiterer Besuch erforderlich.“ Gegenüber dem TAGBLATT wies Heß auch darauf hin, dass heute 50 Prozent mehr Ausländer in Tübingen lebten als vor 2015. Die Stadt hat, wie Tübingens OB Boris Palmer bestätigte, auf den Zuwachs zwar reagiert und Leute eingestellt, doch hätten viele Mitarbeiter schnell wieder gekündigt. „Die Arbeit ist sehr komplex.“ Qualifiziertes Personal sei entsprechend schwer zu finden.

Eine telefonische Erreichbarkeit des Amtes dauerhaft zu gewährleisten, sei insbesondere in der Pandemie, in der ein Besuch der Behörde nur noch nach Terminvereinbarung möglich ist, nicht zu leisten: „Die bereits vor der Pandemie sehr angespannte Personalsituation hat in den vergangenen Monaten aber dazu geführt, dass die telefonische Erreichbarkeit nicht durchgängig gegeben war und auch E-Mails nicht immer zeitnah beantwortet werden konnten.“ Auch der Postweg, der gerade in der Pandemie öfter bemüht werden müsse, trage Weiteres zu den Verzögerungen bei.

## In Reutlingen entspannt

**Auch im Reutlinger** Ausländeramt muss man Termine vorher vereinbaren. Dies hängt allerdings, wie die städtische Pressestelle erklärte, mit der Corona-Pandemie zusammen. In der Regel bekomme man einen Termin innerhalb von drei Tagen: „Bei besonders dringenden Angelegenheiten kann im Ausnahmefall auch ein Termin am gleichen Tag oder am Tag darauf vereinbart werden“, erklärte die Pressestelle. Dies komme aber „relativ selten“ vor. Ansonsten seien der Stadt Reutlingen „keine Beschwerden im Hinblick auf die Wartezeiten bekannt, auch nicht über das Oberbürgermeister-Büro.“ Im Jahr 2020 habe es bei der Ausländerbehörde der Stadt Reutlingen zwei Personalwechsel gegeben. Zurzeit seien aber alle Stellen besetzt. *uja*

Heß berichtete von der schlechten räumlichen Situation der Behörde. Es gebe keine Trennung der einzelnen Büros, Gespräche seien oft durch Geräusche und Lärm beeinflusst und gestört. „Gravierend schlecht“ sei die Situation vor allem dann, wenn Besucher/innen mit kleinen Kindern eine längere Wartezeit in der Behörde verbringen müssen: „Es bedarf dann erheblicher Anstrengung der Mitarbeiter/innen, um konzentriert zu bleiben.“ Nun plane die Stadt, die bauliche Situation zu verbessern und die Räumlichkeiten der Ausländerbehörde ins nebenstehende Gebäude zu erweitern (wir berichteten).

Heß und Gunkel kündigten zudem an, die im Juni eingeführte neue Terminvergabe über eine ei-

gene E-Mail-Adresse beizubehalten. Diese habe die Situation der Mitarbeiter im Amt „in erheblichem Umfang beruhigt“. Der Wartebereich sei nicht mehr überfüllt, Termine „für Eilsachen“ würden „zeitnah angeboten“.

Unter dem Strich sei davon auszugehen, dass die Flüchtlingszahlen „weiter hoch bleiben“, so der Bericht der Behörde. Unter dem Strich stehen nun vier Themenbereiche für das „Vorgehen der Verwaltung“ fest, um die Situation rund um die Arbeit der Ausländerbehörde zu verbessern: die Anpassung der räumlichen Situation, die Einführung einer elektronischen Akte zur schnelleren Bearbeitung, die Beibehaltung und Verfeinerung der Terminvereinbarung – bald auch online – sowie das aktive Vermeiden von Mehrfachanfragen. Letzteres wollen die Zuständigen vor allem dadurch erreichen, dass sie „Bevollmächtigte und Unterstützer sensibilisieren“. „Nach der Corona-Pandemie sollen Infothek und Expressschalter wieder eingeführt werden“, gab Heß zudem im Ratsausschuss bekannt. „Wir machen uns viele Gedanken, wie wir das Ausländer- und Bürgeramt für unsere Bürgerinnen und Bürger weiter öffnen können.“ Inhaltlich seien viele Verfahren und Aufträge der Ausländerbehörde auch durch veränderte Gesetzeslagen komplizierter geworden: „Aber wenn es Vorwürfe gibt, arbeiten wir diese auf und sorgen für eine vollumfängliche Aufklärung“, so Heß.

Laura Conte aus dem Integrationsrat teilte dem Gremium mit: „Wir als Integrationsrat begrüßen die Darstellung der Schwierigkeiten in der Behörde.“ Diese stimm-

ten überein mit den Erfahrungen ihres Gremiums, so Conte: „Wir bieten uns gerne als Mediator an und können für Niederschwelligkeit sorgen, weil wir an den Betroffenen sehr nach dran sind.“ Der Integrationsrat hatte sich im Vorfeld der Sitzung – nach einem Gespräch mit der Verwaltung – auch in einer Pressemitteilung zur Tübinger Ausländerbehörde geäußert. Thema des Gesprächs sei „die Prävention von strukturellem Rassismus in der Stadtverwaltung“ gewesen. „Tübingen ist eine bunte und weltoffene Stadt.“ Die Haltung der Verwaltung solle das widerspiegeln. Der Integrationsrat empfiehlt Schulungen.

In seiner Stellungnahme rät das Gremium der Verwaltung, Schulungsangebote für Mitarbeiter verpflichtend zu machen und deren Inhalte zu aktualisieren. Zudem sei die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle sowie intensivere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Integrationsrat, der Stabsstelle Gleichstellung und freien Trägern im Bereich Migration wünschenswert. Der Rat hoffe, dadurch, „einen Beitrag zum friedlichen und toleranten Gesellschaftsklima“ in Tübingen leisten zu können.

## Wissenschaftler, Flüchtlinge, Pfleger: Viele brauchen das Ausländeramt

**Betroffen** von den langen Wartezeiten sind Flüchtlinge, aber auch viele ausländische Firmenmitarbeiter, Klinikangestellte oder Wissenschaftler, die eine Aufenthaltsgenehmigung benötigen. Laut Prof. Detlef Weigel, Direktor am Tübinger Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie, betragen die Wartezeiten für einen Aufenthaltstitel oft mehrere Monate. Besonders ärgerlich ist das für Nachwuchswissenschaftler, deren Dissertation länger dauert als vorgesehen, oder für Postdocs mit befristeten Verträgen: „Wenn sich ein neuer Vertrag unvorher-

gesehen ein paar Monate verzögert, können wir zwar den alten Vertrag verlängern, aber die Betroffenen brauchen dann auch schnell eine Verlängerung ihres Aufenthaltstitels.“ Weigel betonte, dass die Mitarbeiter des Ausländeramtes im Allgemeinen nett und hilfsbereit seien, aber einfach zu viel zu tun hätten. Besonders schade sei, dass Termine im Bürgeramt nur noch per Anmeldung vergeben würden. „Sonst konnte man morgens um 7 Uhr kommen, und hat dann halt gewartet.“ Kritik an den langen Wartezeiten gibt es auch von Flücht-

lingshelfern und -unterstützern. Ein Sprecher, der anonym bleiben möchte, sagte: „Die Terminvergabe läuft nicht immer gleich.“ Bisweilen gebe es über die Dauer von zwei oder drei Monaten keine Anhaltspunkte, wie lange bestimmte Verfahren dauern: „Manchmal passiert vier Wochen gar nichts, man erhält keinen Termin und muss immer wieder nachhaken.“ Wenn man auf die Dringlichkeit hinweise, solle man von inhaltlichen Sachfragen Abstand nehmen: „Dann wird uns gesagt, dass man überlastet ist.“ Der Eindruck sei, dass Ter-

minvergaben und inhaltliche Verfahren „oft länger dauern als nötig“. Eine Forderung der Arbeitsgemeinschaft Ausländerbehörde und weiterer Unterstützter sei nun, dass man innerhalb von fünf Werktagen zumindest irgendeine Antwort erhält: „Und wenn man mitteilt, dass es noch dauert. Aber keine Antwort ist keine Lösung.“ Zudem sei es immer wieder dazu gekommen, dass „unnötige terminliche Schleifen“ dazu führten, dass Personen bestimmte Ansprüche und Rechtsgrundlagen verloren haben: „Man weiß nie so genau, wer zuständig ist.“ *uja / loz*

## Antrag auf Anhörung im Gemeinderat zum Thema Alltagsrassismus

Im Sommer 2020 beantragte der Integrationsrat mit der Vorlage 536/2020 eine Anhörung von Integrationsrät\_innen im Gemeinderat zum Thema Alltagsrassismus. Vor der Sitzung des Gemeinderats am 22. Oktober 2020 berichteten Ahmed Arafa, Nilgün Doğan und Annagreta König Dansokho von ihren täglichen Erfahrungen mit (Alltags-)Rassismus, den Folgen von Diskriminierung für die Betroffenen und den Auswirkungen von stereotypen Vorstellungen auf z.B. Chancen

im Beruf. So würden Schwarze Menschen immer wieder gefragt werden, wo sie herkämen, oder ob sie Drogen verkauften. Eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz zu finden sei mit größeren Hürden verbunden. Diesen Alltagsrassismus<sup>1</sup> zu bekämpfen sei schwieriger als es bei strukturellem Rassismus<sup>2</sup> der Fall sei. Hier spielten Faktoren wie die innere Haltung, divers besetzte Ämter und Empowerment von Betroffenen eine Rolle.

### Vorlage 536/2020

#### Integrationsrat der Universitätsstadt Tübingen

#### Antrag auf persönlichen Bericht im Gemeinderat bezüglich Alltagsrassismus

An den Gemeinderat  
über die Geschäftsstelle des Gemeinderats

14.07.2020

#### Antrag auf persönlichen Bericht im Gemeinderat bezüglich Alltagsrassismus

(Verfasserin: Annagreta König Dansokho)

Es gäbe keinen strukturellen Rassismus, wenn es keinen latenten (Alltags-)Rassismus in unserer Gesellschaft gäbe. Nicht-Betroffene können - aufgrund mangelnder Erfahrung - gar nicht wissen, wie es Betroffenen damit geht. Um dieses Thema erlebbar machen zu können und um eine Diskussion um das Bewusstsein diesbezüglich in unserer Stadt zu schärfen – gerade bei so wichtigen und (im wahrsten Sinn des Wortes) entscheidenden Personen wie den Mitgliedern des Gemeinderats, beantragen wir, dass zwei Mitglieder des Integrationsrats in der nächstmöglichen Sitzung des Gemeinderats zu ihrer persönlichen Erfahrung mit Alltagsrassismus berichten.

Der Antrag wurde einstimmig im Integrationsrat beschlossen.

Für den Integrationsrat  
Deniz Tekin, Sprecher

Abb. 24: Vorlage 536/2020: Antrag auf persönlichen Bericht im Gemeinderat bezüglich Alltagsrassismus

<sup>1</sup> **Alltagsrassismus:** Mit diesem Begriff werden im Alltag stattfindende Herabwürdigungen bzw. Formen des Rassismus bezeichnet. Zum Beispiel die Frage nach der Herkunft bei PoCs (People of Color), ein abschätziger Blick beim Betreten eines Ladens oder das vermeintliche Kompliment für das perfekte Deutsch. Dabei werden Menschen in vermeintliche Gruppen eingeteilt (Othering). Diejenigen, die nicht der Mehrheitsgesellschaft, in Deutschland weiß und christlich, zugeordnet werden, werden bei diesem Prozess meist negativ bewertet und somit herabgewürdigt.

<sup>2</sup> **Struktureller Rassismus** bedeutet, dass Menschen aus rassistischen Gründen keinen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Gütern wie Rechte oder Bildung haben. Wichtig ist dabei, dass die Strukturen und Prozesse die Benachteiligungen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte innehaben und nicht die Einstellungen von einzelnen Personen maßgebend sind.

# Jeden Tag rassistische Fragen und verletzende Übergriffe

**Rassismus** Annagreta König Dansokho und Ahmed Arafa erfahren täglich latenten Rassismus und erzählen, wie verletzend das ist. *Von Emma Schrade und Sabine Lohr*

Diese Blicke – erst heute wieder am Bahnhof. Ahmed Arafa merkt, dass er gemustert wird, mal neugierig, mal verstohlen. „Alle Schwarzen bekommen diese Blicke“, sagt er. Und alle Schwarzen würden immer und immer wieder gefragt, woher sie kommen. Auch wenn die Frage freundlich gemeint sein mag: „Wer jeden Tag nach seiner Herkunft gefragt wird, fühlt sich fremd.“

Arafa lebt seit zehn Jahren in Tübingen. Der 34-jährige Ägypter

„Wer jeden Tag nach seiner Herkunft gefragt wird, fühlt sich fremd.“

**Ahmed Arafa**, Integrationsrat

studierte in Kairo Pharmazie und anschließend in Tübingen Sprachen, Geschichte und Kultur des Nahen Ostens und Judaistik. Seit vier Jahren arbeitet er als Apotheker, zurzeit in Reutlingen. Ägypten verlassen hat er, weil es dort keine Meinungsfreiheit gibt. Wer die Regierung kritisiert, riskiert, ins Gefängnis zu kommen. „Viele junge Menschen verlassen deshalb das Land“, sagt er. Und er stellt klar: „Ich bin kein Flüchtling.“

Was ihn nervt, ist der alltägliche Rassismus. Dass Leute sich im Bus wegsetzen, wenn er Platz nimmt. Dass Schwarze an Clubtüren abgewiesen werden. Dass er immer wieder gefragt wird, ob er jemandem Drogen verkaufen könne. „Ich bin Apotheker, hol dir ein Rezept“, sagt er dann.

„Ich habe gelernt, damit umzugehen, mit Humor.“ Andere könnten das nicht, vor allem, wenn sie noch nicht lange in Deutschland

seien und die Sprache nicht beherrschten. „Eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz zu finden, ist für Schwarze sehr schwierig“, sagt er. Da werde man schonmal gefragt, ob man praktizierender Moslem sei und ob man mit Knoblauch koche.

Seit zwei Jahren ist Arafa Mitglied im Tübinger Integrationsrat (siehe Infobox). Es ist ihm wichtig, sich für die einzusetzen, die sich kaum wehren können – für die Flüchtlinge in der Europastraße etwa. Zusammen mit Annagreta König Dansokho und Nilgün Dogan, beide ebenfalls Mitglieder des Integrationsrats, berichtete Arafa kürzlich im Gemeinderat über alltagsrassistische Erfahrungen.

Annagreta König Dansokho nennt immer beide Nachnamen. Dann erwarteten die Menschen keine weiße Frau, und ihr senegalesischer Hintergrund könne sichtbar gemacht werden, sagt sie. „Es ist wie die Henne und das Ei: Ohne strukturellen Rassismus gibt es keinen Alltagsrassismus und umgekehrt“, so König Dansokho. Strukturelle Diskriminierung könne man durch Gesetze ändern, doch bei Alltagsrassismus sei sie sehr pessimistisch. Dies sei eine den weißen Menschen tief innewohnende, oft nicht reflektierte Haltung, die ein Überlegenheitsgefühl zum Ausdruck bringe.

„In der deutschen Gesellschaft leugnet man Rassismus“, sagt König Dansokho. Deshalb sei es so schwierig, das Thema anzusprechen. Die bundesweite Studie zu Rassismus in der Polizei, die nun doch in Auftrag gegeben werden soll, sei der erste Schritt in die richtige Richtung. Doch eine kulturelle Öffnung könne nur gelingen, wenn Arbeitsstellen divers besetzt werden bis hoch in die Chefetagen.

Alltagsrassismus sei auch deshalb oft kein Thema, weil viele, die nicht selbst betroffen sind, nicht nachvollziehen können, warum bestimmte Aussagen verletzend sind. „Viele verstecken sich hinter Neugier“, so König Dansokho, wollen schwarze Haare anfassen oder fragen unverblümt: „Woher kommst du?“

Gerade deshalb seien Empowerment-Gruppen für Kinder und Jugendliche von großer Be-

„In der deutschen Gesellschaft leugnet man Rassismus.“

**Annagreta König Dansokho**, Integrationsrat

deutung. Gerade in der Kindheit und Jugend habe ihr Schwarzsein zu vielen Komplikationen geführt, so König Dansokho. Ihr und vielen anderen schwarzen Deutschen ergehe es ähnlich: „Wir denken, wir sind komisch.“

Das bestätigt Arafa: „Selbst in Deutschland geborene Schwarze werden gefragt, woher sie kommen oder warum sie so gut deutsch sprechen – und sie fühlen sich deshalb hier fremd. Weil man ihnen immer wieder unter-

stellt, dass sie anders seien.“ Die psychische Verwundung durch Alltagsrassismus dürfe nicht unterschätzt werden, sagt König Dansokho. Sie verankere sich im Gehirn an derselben Stelle, die für die Schmerzempfindung verantwortlich ist.

Ein Leben lang diskriminiert zu werden wegen der Hautfarbe mache einen müde und misstrauisch gegenüber weißen Menschen. Und es nervt. Arafa sagt, in Deutschland müsse er immer erst Vertrauen aufbauen. In der Apotheke werde er oft gefragt, ob er das Anliegen der Kunden überhaupt verstehe, ob er denn Deutsch könne. Ja, sagt er dann, er verstehe und er sei Apotheker.

„Es gab schon immer schwarze Menschen in Europa“, stelle Arafa klar. „Komisch, dass man jetzt plötzlich diese Trennung sieht.“ Es gebe doch so viele Informationen über andere Länder, man reise in der ganzen Welt herum, da sollten sich die Menschen doch nicht wundern, wenn jemand etwas anders aussehe. „Wir wollen nicht dauernd darauf angesprochen werden“, sagt er. „Wir wollen einfach ganz normal leben, arbeiten und mit Freunden zusammen sein, ohne immer darauf aufmerksam gemacht zu werden, dass wir anders aussehen.“

## Der Integrationsrat in Tübingen

Seit sechs Jahren gibt es in Tübingen den Integrationsrat. Alle zwei Jahre werden die zwölf Mitglieder gewählt. Zu dem Gremium gehören auch Stadträte aus allen Fraktionen und Luzia Köberlein, die die städ-

tische Stabsstelle Integration und Gleichstellung leitet. Die Aufgabe des Integrationsrats ist, den Gemeinderat und seine Ausschüsse bei Themen zu beraten, die mit Migration zu tun haben. Immer wieder übe

der Integrationsrat Kritik an Äußerungen von Oberbürgermeister Boris Palmer, etwa zu seiner Kritik an einer Bahnwerbung, die seiner Meinung nach nicht die Mitte der Gesellschaft darstellte.

Abb. 25: Artikel Schwäbisches Tagblatt: Jeden Tag rassistische Fragen und verletzende Übergriffe vom 06.11.2020

## BePart.fm

Im Rahmen des Projekts BePart.fm der Wüsten Welle wurden 2021 mehrere Integrationsrätinnen interviewt. Asli Küçük berichtete von ihrer Arbeit in der Extremismus-Prävention bei der Landeszentrale für Politische Bildung. Laura Conte beeindruckte durch ihre vielfältigen

beruflichen Stationen und beschrieb, wie sich Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oft in kulturellen, körperlichen oder emotionalen Transitzonen befinden. Ana Morella Mejías Martínez betonte die Wichtigkeit, seine Rechte zu kennen und seine Stimme zu erheben, wenn man Ungerechtigkeit beobachtet.

## Kasten der Visionen

Für die Wochen gegen Rassismus fragte der Integrationsrat 2021 Tübinger\_innen unter dem Motto „Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der ...“ nach ihren Erfahrungen, Ideen und Wünschen.



Abb. 26: Kasten der Visionen, Schwäbisches Tagblatt, 22.03.2021  
Bild: © Erich Sommer

### Beispiele von Beiträgen zum Kasten der Visionen:

Me gustaría vivir en una sociedad en la que como enfermera no tenga que ser traductora para los ~~pacientes~~ pacientes que no hablen ~~alemán~~ alemán porque no me siento capacitada y los pacientes tienen derecho a tener un traductor profesional.  
20. März 2021

Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der Autoritätspersonen (wie Lehrer) verpflichtende Seminare zum Thema diskriminierung besuchen müssen.  
16. März 2021

Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der sich auch Menschen ohne Rassismuserfahrungen intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.  
Danke für das tolle Projekt!  
16. März 2021

Visionen:  
Ich habe es so satt - mag nicht mehr über Vorurteile reden.  
Das klingt so weit weg - ich will Visionen umgesetzt haben - jetzt! Nicht in Zukunft - jetzt.  
Seit über 40 Jahren lebe ich mit Vorurteilen wie ein böser Zirkus. Arbeitet hier daran, meinen Beitrag für eine bessere Welt zu leisten. Seit Jahrzehnten.  
Jahrelang volle Rassismus, Demütigungen und Demütigung, Angst und Wut.  
Volle Ablehnung, Obleidung, Ausgrenzung.  
Jahrelang volle Hass, Solange Hoyesmedas, jahrelang volle Ausgrenzung werden auf dem Prasehof, jahrelang volle Menschen mit blinder Flecken.  
In den letzten Jahren ist es aussteigend für mich geworden - ~~aber~~ Visionen von Gleichberechtigung, Teilhabe, Zugänge, Chancen zu kämpfen.  
Nur - HAUE - HAUE - DIE FRAM, die mich im Kreis geben als „Schleißpahl“ bezeichnet.  
Wo Gleichberechtigung? Wo Toleranz?  
Wo Wertschätzung? Wo Gleichheit? Wo?  
Ich bin erschöpft - habe kaum Kraft.  
Magst du da drüben, die du nicht von Diskriminierung betroffen bist, magst du Prioritäten?  
Jetzt ist es an Euch - im Grunde ist es seit Jahrzehnten an Euch - Haltung zu beachten und auf das zu fragen, was Euch Betroffene erzählen. Hört zu - hört zu! und handelt, überleuchtet, denkt mit.  
Wendet zu verlässlicher, spielerischer, lauter, nicht paternalisierendes Allies. Verbündet Euch!  
Verbündet Euch!  
Solidarität Euch!  
Jetzt!  
Wir sind da.  
7 April 2021

Abb. 27: Beiträge zum Kasten der Visionen

## Mittwochspalten

Mittwochspalten im Schwäbischen Tagblatt verfasste der Integrationsrat auch in seiner dritten Amtszeit. Themen waren: 2019: „Miteinander in Vielfalt“ und „Klimakrise und Integrationsrat“; 2020: „An kloiner Gôga-Witz“ und „gegen Hass und Gewalt“; 2021: „Koalition steckt Rahmen ab“ und „Nach der Wahl ist vor der Wahl?“; 2022: „Zwei Anträge mit Erfolg“ und „Wartezeiten im Ausländeramt“; 2023: „Das Erdbeben – ein Bericht“ und „Wahlrecht für ‚Gastarbeiter‘“; 2024: „Die Richtung bestimmen“. So konnte der Integrationsrat aktuelle lokale oder überregionale Themen aufgreifen und eigene politische Debatten und Prozesse anstoßen.

### Mittwochspalte

Ana Morella Mejias  
Integrationsrat



## Miteinander in Vielfalt

Der Tübinger Integrationsrat setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe, Mitbestimmung und Chancengleichheit von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen unserer Gesellschaft ein. Gelingende Integration ist eine Gemeinschaftsleistung von zugewanderten Menschen und aufnehmender Gesellschaft und keine einseitige Anpassungsleistung.

Niemand darf aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Glaube oder Weltanschauung angegriffen, verletzt oder ausgegrenzt werden. Aber auch hohe Integrationswilligkeit schützt Menschen nicht unbedingt vor Diskriminierung. Wenn Menschen sich mit Diskriminierungserfahrungen alleine gelassen fühlen, nehmen sie weniger am gemeinschaftlichen Leben teil.

Aus diesem Grund beteiligt sich der Integrationsrat an der Fortschreibung des Tübinger Integrationskonzepts. Dieses nimmt Antidiskriminierung, Antirassismus und Sicherheit für alle als neue Handlungsfelder in den Blick.

Die Stabstelle Gleichstellung und Integration der Stadt hat sich erfolgreich im Bundesprogramm „Demokratie leben“ um Projektförderung beworben. Laut Luzia Köberlein, Leiterin der Stabstelle Gleichstellung und Integration, bedeutet Demokratie nicht Harmonie und Gleichklang, sondern Vielklang nach bestimmten Regeln. Das Programm fördert lokale Partnerschaften für Demokratie.

Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalpolitik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft kommen hier zusammen,

um eine lokale Strategie für eine Kultur des Miteinanders in Vielfalt und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung zu entwickeln.

„TAKT – Tübingen aktiv gegen Diskriminierung“ heißt das Tübinger Projekt, adis e.V. hat die Koordination und fachliche Begleitung übernommen. Ein TAKT-Rat wurde ins Leben gerufen, dessen Mitglieder zur Hälfte einen Migrationshintergrund bzw. Rassismuserfahrungen haben. Der Integrationsrat begrüßt alle Projekte, welche im Rahmen der TAKT-Initiative entstanden sind, als wichtigen Beitrag für eine offene Gesellschaft, in der ein konstruktives und respektvolles Miteinander möglich ist. *Privatbild*

### Mittwochspalte

Annagreta König  
Dansokho  
Integrationsrätin in  
Tübingen



## Koalition steckt Rahmen ab

Aus Sicht einer Integrationsrätin ist es zu begrüßen, dass im Abschnitt sieben des Koalitionsvertrags unter „Gesellschaft und Integration“ die Gleichberechtigung aller Menschen festgeschrieben wird. Dass die Rechte einzelner Minderheitengruppierungen gesondert hervorgehoben werden, zeigt, wie wenig selbstverständlich dies bisher ist. Jüdische Menschen, Muslime, Sinti, Roma, andere Personen, die sich als People of Color verstehen, sollten immer mitgemeint sein, wenn von „der Gesellschaft“ gesprochen wird. Wäre dies nicht Zukunftsmusik, bräuchte es die im siebten Abschnitt aufgeführten Maßnahmen nicht.

Aber es braucht diese Maßnahmen dringend. Vor allem solche, die strukturelle Benachteiligung aufheben. Dabei geht es nicht darum, Personengruppen wie beispielsweise geflüchtete Personen zu verzärteln. Vielmehr geht es darum, Kreisläufe zu durchbrechen. Teufelskreise, die am Ende zu negativen Zuschreibungen der entsprechenden Personengruppen führen. Wenn beispielsweise geflüchtete Personen (aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“) und als Beziehende von Sozialleistungen im Kontext ihrer Asylverfahren jahrelang den rechtlichen Status der Duldung haben, deswegen weder Zugang zu Arbeitserlaubnis noch zu finanzierten Sprachkursen haben und ihnen zugeschrieben wird, dass sie sich nicht bemühen, die deutsche Sprache zu lernen oder erwerbstätig zu werden.

Aus Sicht der Integrationsrätin sind die Maßnahmen – zu viele, um sie in der Mittwochspalte zu nennen – zu begrüßen. Mit deren Umsetzung steckt das Land einen Rahmen ab, der auch für das Geschehen in der Stadt wesentliche Implikationen mit sich bringt, etwa im Bildungsbereich. Die Stadt Tübingen selbst hat schon weitreichende Maßnahmen beschlossen: Nach innen in den Beschäftigungsverhältnissen und nach außen im Integrationskonzept für die Stadt. So gesehen ergänzt der neue Koalitionsvertrag das ambitionierte Vorgehen der Stadt. Dieses sieht beispielsweise verpflichtende Fortbildungen für Beschäftigte der Verwaltung mit Kundenkontakt in diskriminierungssensibler Kommunikation vor.

Allein, die landespolitischen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Insofern bleibt zu hoffen, dass die geplanten Maßnahmen der Landesregierung entsprechend Priorität bei der Umsetzung erhalten. *Privatbild*

### Mittwochspalte

Efstratios  
Boutloukos  
Integrationsrat  
Stadt Tübingen



## Die Richtung bestimmen

Offt schätzt man etwas erst, wenn man es verloren hat. Und erst recht, wenn man es dann wiederfindet. Bei der Liebe ist der Entzug sofort spürbar, bei rationalen Sachen, wie das Recht auf freie Wahlen, passiert das schleichend. Um Schreie für dieses Recht zu hören, muss man gar nicht ins Ausland gehen, viele Tübinger Mitbürger mit Migrationshintergrund kennen es aus eigener oder familiärer Erfahrung. Manche sind im Integrationsrat der Stadt vertreten, eine erzählt: „Mir wurde beigebracht, ich sollte mein Wahlrecht in Anspruch nehmen und niemanden anderen Entscheidungen für mich treffen lassen.“ Unter anderem deswegen kann ich nur empfehlen, zu unseren öffentlichen Sitzungen im Rathaus zu kommen.

Mitbürger mit Migrationshintergrund sind auch in den Gemeinderat gewählt worden, das aktuelle Wahlrecht erlaubt das aber nur für Anwohner mit Unionsbürgerschaft. Diesbezüglich gibt es Bemühungen, die zurück in die 80er-Jahre gehen, um das Wahlrecht zu erweitern. Unter anderem über dieses Thema berät der Integrationsrat die Stadtverwaltung.

Die meisten Bürger Tübingens haben aber schon die Wahl und zwar bald, bei der anstehenden Kommunalwahl so wie Kreistag und Europawahl am 9. Juni. Ob die aktuellen politischen Entwicklungen noch mehr Menschen als sonst zur Teilnahme mobilisieren können, lässt sich nicht im Voraus sagen. Die Hürde, zu einer Demonstration zu gehen, könnte scheinbar geringer sein als die, zum Wahllokal zu gehen. Doch in beiden Fällen spielt die Anzahl der Teilnehmer eine vergleichbar wichtige Rolle.

Dass politische Partizipation auch online möglich ist, hat unsere Stadt erkannt und Abstimmungen per App durchgeführt. Durch deren nicht-bindenden Charakter kann es aber vorkommen, dass der Gemeinderat sich gegen solche Ergebnisse entscheidet (wie zum Beispiel bei der Sperrung der Mühlstraße). Die echte Wahl ist somit alle 5 Jahre und am 9. Juni ist es wieder so weit. Hier können die Wahlberechtigten durch deren Repräsentanten die politische Richtung bestimmen.

Die Auswahlmöglichkeiten bei der Kommunalwahl sind zahlreich. Ein Kreuz beziehungsweise eine Zahl hinter einem Namen schenkt gewisses Vertrauen, bei dem man sich nicht verletzen lassen möchte. Im Gegensatz zur Liebe kann man aber hier bedenkenlos mehrere Personen gleichzeitig aussuchen. Partizipation ist jedenfalls besser als Abstinenz. *Privatbild*

Abb. 28: Schwäbisches Tagblatt Mittwochspalte 05.06.2019

Abb. 29: Schwäbisches Tagblatt Mittwochspalte 09.06.2021

Abb. 30: Schwäbisches Tagblatt Mittwochspalte 03.04.2024

Integrationsrat Tübingen  
Münzgasse 20  
72070 Tübingen

An die Stadtverwaltung Tübingen

25.02.2022

**Antrag: Einrichtung einer Ombudsstelle**

Die Stadtverwaltung richtet bei einer passenden externen Einrichtung (bspw. einem Migrationsdienst oder einem Antidiskriminierungsbüro) eine Ombudsstelle (1,0 AK) ein, die zu einem kleineren Teil auch Clearing-Aufgaben übernimmt. Diese Ombudsstelle wird zu einer Anlaufstelle, wenn Menschen in Tübingen von der Verwaltung (möglicherweise) diskriminiert werden.

**Begründung**

Ombudsstellen sind bei Diskriminierungen eine wichtige Anlaufstelle. Sie folgen nicht nur dem AGG (dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, sondern auch den Menschenrechten). Sie sind parteilich für Anspruchsberechtigte und je autonomer sie agieren desto besser. Deshalb sieht der Integrationsrat diese Stelle nicht bei der Stadtverwaltung angesiedelt, sondern bei einer externen Einrichtung. Der kleinere Teil dieser Stelle soll als Clearingstelle agieren und gegebenenfalls Verweisberatungen ausüben.

Der oben beantragten Ombudsstelle wird das Recht auf Akteneinsicht gegeben. Ebenfalls steht es der Ombudsstelle zu, falls nötig, in einem Fall ein Gutachten erstellen zu lassen.

Das Ziel ist, dass die Stadtverwaltung mit dieser Stelle gemeinsam ihre Fehler erkennt, reflektiert und diese Fehler verbessert. Der Integrationsrat wird bei der Einrichtung der Stelle strukturell miteinbezogen.

Abb. 31: Vorlage 816/2021: Antrag: Einrichtung eines Ombudrats

## Ombudsrat für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung

Mit der Vorlage 816/2021 beantragte der Integrationsrat die Einrichtung einer externen Ombudsstelle. Diese Stelle war als Anlaufstelle bei Beschwerden hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen und Ungleichbehandlungen vonseiten der Stadtverwaltung angedacht. Gewünscht war eine unparteiische, neutrale und unabhängige Schlichtungsstelle, die zwischen Bürger\_innen und Verwaltung vermittelt. Angesiedelt sollte sie bei einem externen Träger sein, finanziert werden jedoch durch die Stadt. Nachdem hierbei ein Zielkonflikt zwischen externer unabhängiger Ansiedlung und städtischer Finanzierung gesehen wurde, entwickelte sich die Idee eines Ombudrats.

In der Vorlage 98/2023 beantragte der Integrationsrat die Umstellung der bereits bewilligten Ombudsstelle in einen Ombudsrat. Der Rat soll aus ca. drei ehrenamtlichen Mitgliedern bestehen, mindestens zwei Mal pro Jahr nichtöffentlich tagen und von einer Geschäftsstelle, die bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration angesiedelt ist,

unterstützt werden. Gemäß Vorlage 98b/2023 können sich an den Ombudsrat Tübinger Bürger\_innen wenden, die sich durch das Handeln der Stadtverwaltung diskriminiert fühlen. Der Ombudsrat ist grundsätzlich zuständig für alle gesetzlich definierten Diskriminierungsformen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Er unterstützt und berät die Anfragenden, indem er Informationen und Kontakte vermittelt und nach einvernehmlichen Lösungen sucht. Er arbeitet intersektional mit Fokus auf Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Religion sowie Geschlecht, geschlechtlicher Vielfalt, sexueller Orientierung und sexueller Identität. Die Geschäftsstelle des Ombudrats unterstützt den Ombudsrat in allen organisatorischen Fragen. Sie ist für die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen zuständig, organisiert Weiterbildungen für die Mitglieder des Ombudrats und ist zudem die erste Ansprechpartner\_in für die Anfragenden bei den Beschwerden. Die Besetzung der Stelle erfolgte im April 2024.



## INTEGRATIONS RAT TÜBINGEN

Integrationsrat Tübingen | Mönchgasse 20 | 72070 Tübingen

### Antrag Integrationsrat Ombudsstelle zu Ombudsrat

Der Integrationsrat beantragt die Umstellung der aus der Vorlage 816/2021 beantragten und im Haushalt 2023 aufgestockten Ombudsstelle in einen Ombudsrat mit drei ehrenamtlichen Mitgliedern und einer Geschäftsstelle, angesiedelt bei der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration der Stadtverwaltung Tübingen.

#### **Begründung:**

Mit der Vorlage 816/2021 beantragte der Integrationsrat die Einrichtung einer externen Ombudsstelle, welche in der Folge vom Gemeinderat mit einem Stellenumfang von 0,5 AK und einer Summe von 45.000€ (zuletzt aufgestockt im Haushalt 2023) beschlossen wurde.

Der IR freut sich über die Zustimmung zu einer Ombudsstelle und hat eine „AG Ombudsstelle“ gegründet, die an folgenden Punkten zu dieser Stelle gearbeitet hat:

- Einrichtung einer externen Ombudsstelle
- Arbeitsweise und Befugnisse
- Stellenprofil

Nach Vorberatung der Vorlage 98/2023 im Integrationsrat stellte sich heraus, dass die Ansiedlung dieser Stelle bei einer externen Einrichtung sehr schwierig ist, weil alle besprochenen möglichen Einrichtungen in irgendeiner Form von der Stadt subventioniert werden und/oder parteilich tätig sind.

Dem IR ist jedoch die Neutralität der Ombudsstelle sehr wichtig. Was bedeutet das?

Die Stelle soll nicht parteilich agieren und vor allem zwischen Stadtverwaltung und Beschwerdeführenden vermitteln, schlichten und eine gütliche Einigung herbeiführen. Dies wird in den allermeisten Fällen auch möglich sein. Nur in strittigen Fällen soll es die Option geben, dass ein:e



Sachverständige:r mit hinzugezogen wird. Mit dieser:diesem Sachverständige:n müssen beide Seiten einverstanden sein.

Der ehrenamtliche Ombudsrat bespricht die eingegangenen Fälle unabhängig (Selbstbefassungsrecht) und stellt die fachliche Neutralität sicher. Die Geschäftsstelle des Ombudsrats übernimmt die organisatorischen Aufgaben. Etwa die Entgegennahme und Aufbereitung der eingehenden Anfragen, die Dokumentation der Fälle, evtl. Verweisberatungen, Organisation der Sitzungen, der Tagesordnungspunkte, Zusammenstellung anfallender Unterlagen für Tagesordnungspunkte etc. Dienstlich ist die Geschäftsstelle der Stabsstelle Gleichstellung und Integration zugeordnet.

Die Ansiedlung des Ombudsrats bei der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration spielt hierbei eine besondere Rolle, da die Stabsstelle, angesiedelt beim Oberbürgermeister, fachbereichsübergreifend agiert. Der Integrationsrat wünscht ausdrücklich, dass dieses fachbereichsübergreifende Agieren bestehen bleibt. Der Grund ist, dass der IR davon ausgeht, dass es nicht nur um Rassismus oder Abwertung von Asylsuchenden gehen wird, sondern auch andere Diskriminierungselemente auftauchen können (etwa wie: Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung und andere).

Sollte es je zu Fällen kommen, bei welchen eine Akteneinsicht für den Ombudsrat nötig ist, dann wird dies dem Ombudsrat nach beiderseitigem (Stadtverwaltung und Ombudsrat) Einverständnis ermöglicht. Die Bewahrung der Diskretion nach DSGVO ist selbstverständlich und wird von der Verwaltung ähnlich wie bei der Personalkommission sichergestellt.

Die Wahl des Ombudsrats erfolgt nach öffentlicher Ausschreibung. Die Bewerber:innen werden von einer Jury bestehend aus Verwaltung, Gemeinderat und Integrationsrat ausgewählt. Dieser Vorschlag wird dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt. Das Verfahren läuft ähnlich wie bei der Besetzung des Integrationsrats.

Die sachkundigen Mitglieder des OR müssen Fachkenntnisse aus dem Bereich Antidiskriminierung nachweisen. Gewünscht ist ebenfalls, dass mindestens eine Person juristische Kenntnisse aus diesem Bereich hat. Den Mitgliedern wird eine Aufwandsentschädigung ausgezahlt. Der Integrationsrat wünscht hier eine höhere Aufwandsentschädigung als es sonst üblich ist, da die Aufgaben dieses Ombudsrats sehr anspruchsvoll sind.

Die Sitzungen des Ombudsrats werden bei Bedarf einberufen. Er tagt jedoch mindestens an zwei Terminen pro Jahr nichtöffentlich.

Ziele, Zusammenstellung, Aufgaben, Rechte und Pflichten des Ombudsrats werden in einer Geschäftsordnung festgelegt, welche dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt wird.

**Universitätsstadt Tübingen**  
 Stabsstelle Gleichstellung und Integration  
 Sahin, Mihriban Telefon: 07071 204 - 1498  
 Gesch. Z.: /

Vorlage 98b/2023  
 Datum 05.09.2023

### Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**  
 zur Kenntnis im **Integrationsrat**

**Betreff:** Einrichtung eines Ombudsrats für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung; Aufhebung eines Sperrvermerks

**Bezug:** 816/2021; 808a/2021; 808a/2022; 98/2023; 98a/2023

Anlagen:

### Beschlussantrag:

1. Es wird ein Ombudsrat für zunächst zwei Jahre eingerichtet. Er ist Anlaufstelle für Einwohner\_innen, die sich durch das Verwaltungshandeln benachteiligt bzw. diskriminiert fühlen.
2. Die Geschäftsstelle des Ombudsrats mit 50%igem Beschäftigungsumfang wird bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration angesiedelt.
3. Der Sperrvermerk über 16.560 Euro auf der Produktgruppe 1114-002 „Zentrale Funktionen“ für die im Haushalt 2023 beschlossenen Mittel für die Ombudstelle wird aufgehoben.

### Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	HH-Plan 2023
DEZ00 THH_1 002	Dezernat 00 OBM Boris Palmer Kommunale Steuerung u. Innere Verwaltung Gleichstellung und Integration			EUR
1114-002 Zentrale Funktionen		17	Transferaufwendungen	-721.430
			davon für diese Vorlage	-45.000

Der Gemeinderat hat mit dem interfraktionellen Antrag (Vorlage 808a/2022) die Zuschusserhöhung um 16.560 Euro auf insgesamt 45.000 Euro für die Ombudsstelle beschlossen. Die zusätzlichen Mittel wurden mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt. Der Sperrvermerk auf der Produktgruppe 1114-002 „Zentrale Funktionen“ von insgesamt 16.560 Euro soll aufgehoben werden. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Ombudsrats eine Aufwandsentschädigung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Die als Zuschuss angemeldeten 45.000 Euro stehen im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit auch als Personalaufwendungen zur Verfügung.

### **Begründung:**

#### **1. Anlass / Problemstellung**

Mit Vorlage 816/2021 beantragte der Integrationsrat die Einrichtung einer externen Ombudsstelle, die als Anlaufstelle bei Beschwerden hinsichtlich Ungleichbehandlung und Diskriminierungserfahrungen im Verhältnis zwischen Bürger\_innen und Stadtverwaltung dient. Ebenfalls wurde die Mitwirkung des Integrationsrats bei der Einrichtung der Stelle beantragt. Beschlossen wurde zunächst eine 50%-Stelle, die auf zwei Jahre befristet ist. Nach Beschlussfassung hat der Integrationsrat aus seiner Mitte eine Arbeitsgruppe gebildet, die einen Konzeptentwurf für die Ombudsstelle erarbeitet hat. Der erste Entwurf sah eine Ombudsstelle angesiedelt bei einem externen Träger vor. Die Ombudsstelle sollte eine unparteiische, neutrale und unabhängige Schlichtungsstelle sein, die zwischen Bürger\_innen und Verwaltung vermittelnd tätig wird.

Die Verwaltung hat nach eingehender Recherche festgestellt, dass es nicht möglich ist eine externe, unabhängige Ombudsstelle in anderen Kommunen zu finden. Ombudsstellen sind sowohl auf landes- als auch kommunaler Ebene in der Regel an die Verwaltung angebunden. Darüber hinaus sieht die Verwaltung einen Zielkonflikt darin, mit einer externen unabhängigen Ombudsstelle zusammenzuarbeiten, für die sie gleichzeitig als Zuschussgeberin auftritt. Daher hat sie mit Vorlage 98/2023 die Einrichtung einer Stelle für Beschwerdemanagement im Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung vorgeschlagen.

Mit Vorlage 98a/2023 beantragt der Integrationsrat nun die Einrichtung eines Ombudsrats.

#### **2. Sachstand**

Der Ombudsrat und seine ca. drei ehrenamtlichen Mitglieder setzen sich für die Belange von Einwohner\_innen, die sich durch das Verwaltungshandeln benachteiligt bzw. diskriminiert fühlen, ein. Der Ombudsrat ist grundsätzlich zuständig für alle gesetzlich definierten Diskriminierungsformen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Er geht Anliegen eigenverantwortlich nach, prüft Themen und Sachverhalte und sucht im Rahmen seiner Unterstützungsmöglichkeiten nach zielgerichteten, einvernehmlichen Lösungen. Er berät und unterstützt, indem er Informationen und Kontakte vermittelt.

Der Ombudsrat hat nach Einverständnis der Beschwerdeführenden Akteneinsicht und kann ggf. bei strittigen Fällen ein Gutachten in Auftrag geben. Alle Vorgänge unterliegen der Vertraulichkeit und Verschwiegenheit und werden dokumentiert. Die Verwaltung ist verpflichtet, den Ombudsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, insbesondere die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie erbetene Stellungnahmen abzugeben.

Der Ombudsrat wird ähnlich wie der Integrationsrat gewählt. Nach öffentlicher Ausschreibung schlägt eine Auswahlkommission, bestehend aus Gemeinderat, Integrationsrat und Verwaltung, dem Gemeinderat Bewerber\_innen zur Ernennung vor.

- 3 -

Die Geschäftsstelle des Ombudsrats betreut die Mitglieder und ist für alle organisatorischen Aufgaben zuständig. Sie macht ggf. Verweisberatung und ist Kontaktstelle zur Verwaltung. Rahmenbedingungen, Aufgabenschwerpunkte sowie Befugnisse des Ombudsrats und der Geschäftsstelle werden in einer Geschäftsordnung festgelegt. Der Entwurf wird von der Verwaltung gemeinsam mit dem Integrationsrat erarbeitet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt.

Die Arbeit des Ombudsrats wird evaluiert und er berichtet regelmäßig in den zuständigen Gremien wie Integrationsrat und Verwaltungsausschuss.

### 3. Vorschlag der Verwaltung

Gemäß Vorlage 98a/2023 wird für zunächst zwei Jahre ein ehrenamtlich tätiger Ombudsrat eingerichtet. Der Sperrvermerk für die im Haushalt eingestellten Personalmittel wird aufgehoben und eine Sachbearbeitungsstelle mit einem Beschäftigungsumfang von 0,5 AK als Geschäftsstelle, angesiedelt bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration, eingerichtet. Vorbehaltlich der Stellenbewertung durch die Bewertungskommission kann die Stelle in EG 10 oder 11 TVÖD eingruppiert werden. Nach Aufhebung des Sperrvermerks wird die Stelle intern und extern ausgeschrieben. Eine Evaluation der Arbeit des Ombudsrats soll Aufschluss darüber geben, ob und in welcher Form der Ombudsrat weiterbestehen soll.

### 4. Lösungsvarianten

4.1 Der Sperrvermerk wird nicht aufgehoben.

4.2 Der Sperrvermerk wird aufgehoben. Es wird eine Stelle für Beschwerdemanagement (50%, 2 Jahre befristet, gehobener Verwaltungsdienst) im Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung eingerichtet, da der größte Anwendungsbereich insbesondere im Ausländeramt erwartet wird. Die Stelle ist direkt der Fachbereichsleitung zugeordnet und kann durch ihren Zugriff auf die Fachverfahren und Akten im Ausländeramt den Sachstand des Beschwerdefalls schnell einsehen. Anhand zuvor festgelegter Kriterien (z.B. Dringlichkeit, Anzeichen für fachliche Fehler, Vorwurf der Diskriminierung) wird über die weitere Bearbeitung des Falls durch die Beschwerdestelle selbst, durch die Führungskräfte oder auch durch die Beschäftigten im Ausländeramt entschieden. Die Bearbeitung der Beschwerden durch eine zusätzliche Beschwerdemanagementstelle kann das Ausländeramt zumindest punktuell entlasten.

### 5. Klimarelevanz

Keine

### 6. Ergänzende Informationen

Keine



An die  
Geschäftsstelle des Gemeinderats

Antrag: Klient\*innen-Service in der Ausländerbehörde (Verfasserin: Lavinia Munteanu)

Die Zahl der in Tübingen lebenden Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat in den letzten Jahren zugenommen, dieser Zuwachs spiegelt sich jedoch nicht in einer angemessenen Art und Weise in der Zahl der Mitarbeiter\*innen der Ausländerbehörde unserer Stadt wider. Seit Beginn der Pandemie wurde dem Integrationsrat von einer eingeschränkten Erreichbarkeit der Behörde berichtet: Die Bearbeitungszeit der Anträge ist lang und eine Auskunft (ob telefonisch oder per E-Mail) über den Stand der Bearbeitung ist schwer zu bekommen. Wir begrüßen die von Seiten der Stadt bereits vorgenommenen Verbesserungsansätze und die Kooperation mit dem „AK Ausländerbehörde“, sehen jedoch in diesem Bereich Handlungsbedarf. Mit unserem Antrag möchten wir auf das Recht der Menschen auf analoge Auskunft hinweisen und schlagen folgende Maßnahme vor:

Ein Klient\*innen-Service, der vor Ort Auskunft gibt, soll in der Ausländerbehörde eingerichtet werden. Der/die Beschäftigte an dieser Service-Stelle sollte nicht inhaltlich in die Anträge einsteigen, sondern insgesamt die Kommunikation der Klient\*innen mit der Ausländerbehörde erleichtern. Dringende Situationen, welche z.B. durch eine lange Bearbeitungszeit der Anträge für die betroffenen Menschen entstehen, sollten durch den Klient\*innen-Service an den/die zuständige Mitarbeiter\*in der Ausländerbehörde kommuniziert werden. Auch sollte der Klient\*innen-Service Einsicht in die Akte nehmen können sowie die Befugnis haben, Termine vereinbaren zu dürfen (zusätzlich zu den online verfügbaren Terminen). Ziel dieser Maßnahme ist, den Klient\*innen einen Einblick über den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge zu ermöglichen und Transparenz in die Vorgänge der Verwaltung hineinzubringen. Mehr Personal an der Schnittstelle zur Öffentlichkeit bringt Wertschätzung gegenüber Menschen, die von den Ergebnissen der Tätigkeit dieser Behörde abhängig sind, zum Ausdruck.

Abb. 37: Vorlage 812/2021 Antrag: Klientinnenservicestelle Seite 1

## **Einrichtung einer Klient\_innen-Servicestelle in der Ausländerbehörde**

Ebenfalls 2021 beantragte der Integrationsrat die Einrichtung einer Klient\_innen-Servicestelle in der Ausländerbehörde. Hintergrund waren langwierige Bearbeitungs-

zeiten der Anträge in der Behörde. Die Servicestelle sollte Auskunft über den Stand der Bearbeitung der Anträge geben, Termine vereinbaren können und Dringlichkeiten

an die Sachbearbeiter\_innen weitergeben. Die Stelle wurde zunächst mit 100 Prozent genehmigt und mit einer Teilzeitkraft (September 2023: 80 Prozent) besetzt. Mit

einer weiteren Ausschreibung ist ein Stellenumfang von insgesamt 120 Prozent vorgesehen.

### Vorlage 812/2021

Der Antrag wurde einstimmig, auch mit den Stimmen aller gemeinderätlichen Mitglieder des Integrationsrats,  
Sara Cristina da Piedade Gomes (Die FRAKTION),  
Alice Dorison (CDU),  
Ernst Gumrich (Tübinger Liste),  
Dorothea Kliche-Behnke (SPD),  
Aslı Küçük (AL/Grüne),  
Anne Kreim (FDP) und  
Gitta Rosenkranz (Linke),  
im Integrationsrat beschlossen.

Folgende Institutionen unterstützen den Antrag:  
Anlaufstelle K.I.O.S.K. der kit jugendhilfe Tübingen  
Asylzentrum Tübingen e.V.  
Diakonisches Werk Tübingen  
InFö e.V.  
Plan.B / moveon - menschen.rechte tübingen e.V

Für den Integrationsrat  
Deniz Tekin, Sprecher

Abb. 38: Vorlage 812/2021 Antrag: Klientinnenservicestelle Seite 2

## Erdbebenhilfe

Am 6. Februar 2023 erschütterte ein starkes Erdbeben den Südosten der Türkei und den Norden Syriens. Dabei kamen viele Tausende Menschen ums Leben, wurden schwer verletzt und traumatisiert, verloren ihr Zuhause und ihr Hab und Gut. Der Integrationsrat und die Stadtverwaltung riefen am 23. Februar 2023 zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung auf dem Holzmarkt auf. Viele drückten damals ihren Wunsch aus zu helfen. Unter Koordination des Integrationsrats und der Stabsstelle Gleichstellung und Integration bildete sich daraufhin ein Aktionsbündnis Erdbebenhilfe aus Vereinen und Einzelpersonen. Mit viel Engagement und Mühe organisierte das Aktionsbündnis am 27. Februar 2024 eine große Benefizveranstaltung im Sparkassen-Carré.

Die 300 Gäste spendeten insgesamt 6.186 Euro. Die Gelder wurden auf vier Projekte aufgeteilt:

1. In Adiyaman werden Kinder einer Grundschule und ihre Familien unterstützt.
2. Der Verein „Yeniden Antakya Platformu Dernegi (YAP) – Hilfe für Mersin“ in Antakya finanziert insbesondere die

Prothesen und das Training für eine Frau, die durch das Erdbeben ihre Beine verloren hat – aber ihren beiden Kindern das Schwimmen beibringen möchte.

3. Die Akademie für Filme des Nahen Ostens ermöglicht mit dem Geld „Kino für alle und überall“.

4. Ein Vereinsmitglied von Al Kalema e.V. bringt die Spenden persönlich nach Syrien, um im Krisengebiet zu entscheiden, wo das Geld am nötigsten gebraucht wird.





Abb. 39: Benefizveranstaltung Erdbebenhilfe Bild: © Müge Yağbasan



Abb. 40: Spendencheck Erdbebenhilfe, Bild: © Universitätsstadt Tübingen



## Wahl Oberbürgermeister\_in 2022 und Kommunalwahlen 2024

Im Laufe der dritten Amtszeit fanden in Tübingen verschiedene Wahlen statt: 2022 die Wahl der\_des Oberbürgermeister\_in und 2024 die Kommunalwahlen. Der Integrationsrat informierte dabei nicht nur mit einer ausführlichen Broschüre zur Kommunalwahl, die er zusammen mit der Stadt, insbesondere dem Fachbereich Kommunales und der Stabsstelle Gleichstellung und Integration gestaltete. Er veranstaltete außerdem zu beiden Wahlen jeweils ein Podium, bei dem sich die Kandidat\_innen zu integrationsrelevanten Themen positionieren konnten.



Abb. 41: Flyer Podium OB-Wahl, Design: © Martin Friedl



Abb. 42: Flyer Podium Kommunalwahl 2024, Design: © Martin Friedl

# TÜBINGEN

## Was braucht's für mehr Willkommenskultur?

**OB-Wahl** Aktive Personalsuche, Erleichterung beim Einstieg in die Arbeitswelt oder eine Willkommensagentur? Die Kandidatinnen und Kandidaten diskutierten über das Thema Integration. *Von Patrick Vetter*

Einwanderer nach Deutschland und nach Tübingen stehen immer vor großen sozialen und bürokratischen Hürden. Auch wenn Einwanderung mit Unsicherheiten und Aufwand verbunden ist, kann der Start doch deutlich erleichtert werden. Wie Integration in Tübingen am besten funktionieren kann, da sind die Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehende OB-Wahl unterschiedlicher Auffassung. Am Mittwoch hatte der Integrationsrat Tübingen die Kandidatinnen in die Mensa in der Uhlandsstraße zur Diskussion eingeladen.

Bis auf Sandro Vidotto, der krankheitsbedingt fernblieb, fanden sich alle Kandidaten und Kandidatinnen auf dem Podium ein. Und zumindest in einer Sache waren sie sich einig: Bei der Integration gibt es noch einige Baustellen, die angepackt werden können und müssen. Die Dringlichkeit vermittelten allerdings alle fünf unterschiedlich und setzten verschiedene Schwerpunkte. Boris Palmer beschränkte sich bei vielen Fragen auf eine Schilderung des Ist-Zustands: „Willkommenskultur wird gelebt.“ Der Amtsinhaber erläuterte den gesetzlichen Rahmen und den Fokus in seiner zukünftigen Integrationsarbeit wolle er auf die Erleichterung des Einstiegs in die Arbeitswelt legen. Eingewanderte sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten so schnell wie möglich arbeiten können. Außerdem sagte der amtierende OB zum Thema Bildung: „Hier liegt der Kern. Hier liegt der Schlüssel des Problems“, und schlug weiter-



Auf dem Podium von links: Boris Palmer, Sofie Geisel, Ulrike Baumgärtner, Moderatorin Edda Rosenfeld, Markus Vogt und Frank Walz. Im Vordergrund sitzt Hicham Hicam, der sich ebenfalls als OB beworben hatte – und sich ungerecht behandelt fühlt. Der Wahlausschuss hat ihn diese Woche abgelehnt, weil er nicht die geforderten 100 Unterstützerunterschriften vorlegen konnte. *Bild: Ulmer*

schwertun, geschaffen werden. Markus Vogt tritt für die Partei „Die Partei“ zum zweiten Mal bei einer Tübinger OB-Wahl an. Er wolle sich für eine andere Denkweise einsetzen, in der Integration und Zuwanderung als Chance und nicht als Aufgabe gesehen werden: „Wir müssen das Integrationskonzept ausbauen und da noch krasser werden.“ Vogt sorgte für Heiterkeit im Publikum mit den Vorschlägen, in der Verwaltung einfach alle Feiern aller Religionen zu feiern und den Rathauskeller zu einer Fahrradwerkstatt umzubauen, um Migranten zum Radsport zu bringen.

### Angelegenheiten unter ein Dach

Der Integrationsrat bemängelte die Terminvergabe und Betreuung im Ausländeramt. Einigkeit herrschte unter den Kandidaten darüber, dass die Betreuung in administrativen Angelegenheiten verbessert werden sollte. OB Palmer verteidigte seine bisherigen Bemühungen, im Ausländeramt für mehr Kapazitäten zu sorgen: Es gebe einfach kein Personal. Das ließ Baumgärtner nicht gelten. Sie schlug eine aktive Personalsuche vor. Außerdem sollen Angestellte Anti-Diskriminierungstrainings bekommen. Geisel plädierte weiter dafür, alle Migrationsangelegenheiten unter ein Dach zu bringen. Ueineig waren sich die Kandidaten über den Ernst der aktuellen Flüchtlingsslage. OB Palmer befürchtete, dass es im Winter nötig werden könnte, Turnhallen als Folgeunterbringung zu nutzen. Baumgärtner hält das für eine Übertreibung.

Durch seinen Job sehe er „jeden Tag Menschen, die noch nicht richtig angekommen sind“. Für die Integration der Bildungsober-schicht sei bereits viel getan worden. Der 48-jährige will sich hauptsächlich für sozialen Aus-gleich in der Integration einsetzen. Zentral sei für ihn dabei die Planung von Unterkünften für Zuwanderer. Es dürfe „kein abgekapselter Wohnraum“ entstehen. Außerdem sollten Sprachbarrieren gebrochen werden und Erleichterung für Menschen, die sich mit deutscher Schriftsprache

onstrat auch für interkulturelle Vielfalt an den entscheidungstref-fenden Instanzen wie zum Beispiel im Gemeinderat gesorgt wird. Wie ihre Mitbewerber hält auch die 43-jährige die bürokratischen Hürden für Migranten und nicht Deutsch-sprachige für hoch. Konkret wünscht sich Baumgärtner eine wöchentliche offene Sprechstunde im Bürgeramt. Die momentane Terminbuchung online sei für viele Menschen schwer. Der Biologe und Tübinger Ba-demeister Frank Walz versteht sich als „Kandidat von der Basis“.

die Migration und Zuwanderung angehen, vereint behandelt werden können. Dies soll über die Stadtverwaltungsbürokratie hinausgehen und auch Kontakthilfen in die Wirtschaft und auf den Arbeitsmarkt beinhalten. Die Gesellschaft sei auf Fachkräfte angewiesen, und so könnten viele Hürden verkleinert werden. Auch Ulrike Baumgärtner sieht noch viele Baustellen und möchte „eine neue Willkommenskultur etablieren“. Die Kandidatin der Grünen legt Wert darauf, dass neben dem rein beratenden Integrati-

hin die starke Förderung von Ge-meinschaftsschulen vor – der Schulform mit dem höchsten Schüleranteil mit Migrationshintergrund. Sofie Geisel, Kandidatin der SPD, erklärte immer wieder, wie viele Probleme in der Integrati-onsarbeit möglicherweise mit ei-ner örtlichen Bündelung verbes-sert werden können. Der zentrale Vorschlag der 50-jährigen ist eine Willkommensagentur: „Es fängt im Kopf an, dass man sich als Ein-wanderungsland versteht.“ Hier sollen möglichst viele Prozesse,



**INTEGRATIONS RAT**  
TÜBINGEN

Abb. 44: Seite 1 Broschüre Kommunalwahl, Design: © Martin Friedl

# Von Bildung und Barrieren

**Podium** Wie wird der Gemeinderat vielfältiger und die Stadt inklusiver? Bei den Parteien des Gemeinderats gibts es viele Ideen und Ansätze, die am Freitagabend diskutiert wurden. *Von Frieder Göhlich*

Nach dem neusten Stand der Tübinger Einwohnerzahlen vom 2. April leben derzeit 91 239 Personen in der Universitätsstadt – fast ein Fünftel davon sind Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, und etwa ein Drittel der Tübinger hat einen Migrationshintergrund. Wie man mit einem schnellen Blick auf die Mitglieder der Gemeinderatswahl sehen kann, wird die inzwischen ziemlich diverse Gesellschaftsstruktur in der Tübinger Kommunalpolitik bislang noch zu wenig repräsentiert.

Diese Problematik war eines der Themen, die am Freitagabend in der Mensa Uhländstraße besprochen wurden. Der Tübinger Integrationsrat hatte mit Blick auf die bevorstehende Gemeinderatswahl je einen Kandidaten der in Tübingen zur Wahl stehenden Parteien zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Mit Ausnahme von „Demokratie in Bewegung“ waren alle Parteien vertreten. Sechs Frauen und zwei Männer stellten sich im Mittelbau des Kepler-Gymnasiums den Fragen von Moderatorin Nilgün Dogan aus dem Integrationsrat.

Zu Beginn wurde die bereits erwähnte Frage aufgeworfen, weshalb der Tübinger Gemeinderat wie auch die neuen Kandidatenlisten noch immer so wenig divers bestückt sind und was die Parteien dafür taten, um dem entgegenzuwirken. Einige der Kandidaten sahen das Problem vor allem im Mangel an Engagement der Tübinger Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalpolitik. So sei es für viele der Parteien allgemein schon ein Kraftakt, die Listen überhaupt voll zu bekommen. Den Menschen fehle es meist nicht an Interesse, sondern an Zeit und Ressourcen. Und wie Rudi Hurlebaus von der CDU noch anmerkte: „Viele wollen sich politisch nicht outen.“ Wie mehrere Redner betonten, sei der Mangel an Zeit und Ressourcen bei Menschen mit Migrationshintergrund oftmals mehr ausgeprägt, weil sie im Alltag noch immer auf sehr viele Hürden stoßen würden – etwa auf sprachliche Barrieren im Amts-



Auf dem Podium von links: Thomas Unger (Tübinger Liste), Asli Küçük (Alternative und Grüne Liste/Bündnis 90/Die Grünen), Rudi Hurlebaus (CDU), Nicole Moor (die PARTEI/Stammtisch „Unser Huhn“), Jana Krämer (Klimaliste), Cristina Popescu (FDP), Andrea Le Lan (SPD), Gitta Rosenkranz (Die Linke), Moderatorin Nilgün Dogan (Integrationsrat)  
Bild: Klaus Franke

deutsch, das selbst bei Inländern teils zu großem Unverständnis führe, wie Andrea Le Lan von der SPD betonte.

Für Asli Küçük (AL/Grüne) ist einer der Gründe dafür, dass sich viele Menschen mit ausländischen Wurzeln noch gar nicht

**„Viele wollen sich politisch nicht outen.“**

**Rudi Hurlebaus, Kandidat der CDU**

wirklich als festen Teil der Gesellschaft wahrnehmen würden. Viele Jahre seien sie so behandelt worden, als würden sie ohnehin bald wieder in ihr vermeintliches Herkunftsland zurückkehren – selbst, wenn sie hier geboren wurden. Erst mit dem wachsenden Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung, dass die Bundesrepublik auch ein Einwanderungsland ist und auf die Einwanderer angewiesen ist, ändere sich dies langsam.

Wie fast alle Kandidaten betonten, sei besonders wichtig, dass man so früh wie möglich damit anfangen, das politische und

demokratische Bewusstsein bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Der Tübinger Jugendgemeinderat kann hier als gutes Beispiel genommen werden – hat er doch im Vergleich zu seinem erwachsenen Pendant schon eine deutlich vielfältigere Mitgliederschaft.

Thomas Unger (Tübinger Liste) betonte noch einmal die Wichtigkeit von Personen mit Migrationsgeschichte in der Kommunalpolitik. Er wisse als jemand, der in Folge eines Unfalls nun sein Leben in einem Rollstuhl bewältigen müsse, was es bedeute, auf einmal zu einer marginalisierten Gruppe zu gehören. Es würden einem durch die neue Perspektive Probleme und Hürden im Alltag bewusst, die davor unsichtbar gewesen seien. So sei es auch bei integrationsrelevanten Themen. Man brauche die Perspektive von Menschen, die direkt davon betroffen sind, um eine sinnvolle Integrationspolitik zu erreichen.

Das nächste Thema betraf die Barrierefreiheit in der Stadt und wie diese noch weiter verbessert werden kann. Auch hier waren sich die Kandidaten größtenteils einig, dass in der Stadt noch viel

zu tun sei, um Menschen mit Behinderungen den Alltag zu erleichtern. Ein großes Problem in einer alten Stadt wie Tübingen sei oft, dass es einen Konflikt zwischen Denkmalschutz und Barrierefreiheit gebe. Nicht in jedes öffentliche Gebäude lasse sich beispielsweise überhaupt ein Aufzug einbauen. Darüber hinaus müsse auch den psychisch erkrankten Menschen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, die oftmals in der Diskussion etwas untergingen, wie Nicole Moor von der Partei und Gitta Rosenkranz von der Linken einwarfen.

Die letzte große Frage beschäftigte sich mit dem aktuellen Thema des Fachkräftemangels und wie dieser gemeinsam mit der sozialen Integration von Menschen erfolgreich bewältigt

werden kann. Für einen Großteil der Kandidaten war vor allem die Anrechnung von ausländischen Abschlüssen und Prüfungen ein wichtiger Punkt. Die Verfahren dazu müssten vereinfacht werden, sodass Menschen, die in Deutschland arbeiten wollen, auch tatsächlich die Möglichkeit dazu bekommen. Aus ihrer eigenen Erfahrung berichtete Cristina Popescu (FDP) etwa, dass selbst Abschlüsse aus anderen EU-Staaten teilweise noch zu Problemen in der Anrechnung führen würden.

Im Anschluss an die drei großen Fragen, auf die die Kandidaten jeweils drei Minuten Zeit zur Beantwortung bekamen, folgte eine Schnellfragerunde, bei der nur mit Ja oder Nein geantwortet werden durfte.

## Demokratisch gewähltes Gremium

**Der Integrationsrat** ist ein beratendes Gremium der Stadt, das aus 20 Tübingerinnen und Tübinger mit und ohne Migrationshinter-

grund besteht. Zwölf sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner werden im Rat von sieben Mitgliedern des Gemeinderats und der Lei-

tung der Stabsstelle für Gleichstellung und Integration begleitet. Der Integrationsrat wird vom Gemeinderat demokratisch gewählt.

Abb. 45: Artikel Schwäbisches Tagblatt: Von Bildung und Barrieren vom 22.04.2024

## Ein kommunales Wahlrecht für alle

**Integration** Rottenburg macht sich dafür stark, dass auch Bürger ohne EU-Pass an kommunalen Wahlen teilnehmen dürfen.

**Rottenburg.** In ein paar Monaten sind in Baden-Württemberg Kommunalwahlen. Doch nicht alle Einwohner dürfen teilnehmen, sondern nur die, die einen deutschen oder EU-Pass besitzen. Das will die Initiative „Unsere Städte – Unsere Stimmen“ ändern.

Der Gemeinderat sprach sich im Oktober mehrheitlich dafür aus, die Initiative zu unterstützen. Zuvor hatte sich der Integrationsbeirat dafür stark gemacht. Am Dienstagabend unterschrieb nun Oberbürgermeister Stephan Neher im Rathaus die entspre-



Oberbürgermeister Stephan Neher unterschreibt die Erklärung der Initiative „Unsere Städte – Unsere Stimmen“ und Ana Mejias Martínez vom Integrationsbeirat Tübingen schaut zu. Foto: Ronja Engels

chende Erklärung. Er setze damit ein Zeichen, so Neher. Damit tatsächlich alle wählen dürfen, bräuchte es eine Gesetzesänderung von „weiter oben“.

Neher betonte, dass lokale Mitentscheidung besonders wichtig sei, denn vor Ort gehe es um konkrete Themen wie den Sporthallenbau, Straßen und Schulen, die „deutlich spürbarer“ seien. Deshalb ermuntert Neher die Zugezogenen: „Bitte nicht warten aufs Kreuzle, sondern engagiert euch.“ Die exakten Kriterien eines solchen kom-

munalen Wahlrechts für alle stehen indes noch nicht fest.

Rottenburg ist die siebte Stadt in Deutschland, die sich der Initiative angeschlossen hat. Deniz Tekin, Sprecher des Tübinger Integrationsbeirats, lobte: „Wie immer ist Rottenburg vorne mit dabei.“ Tübingen hat bisher nicht unterschrieben. *els*

Abb. 46: Artikel Schwäbisches Tagblatt: Ein kommunales Wahlrecht für alle 04.12.2023

## Interkommunale und überregionale Zusammenarbeit

Auch die interkommunale und überregionale Zusammenarbeit konnte in der dritten Amtszeit ausgebaut werden. So ist der Integrationsrat Mitglied im Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) und inzwischen mit Deniz Tekin sogar in dessen Vorstand vertreten.

Deniz Tekin ist aus dem LAKA außerdem in den Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) entsandt. Der Integrationsrat Tübingen steht in stetem Austausch mit dem Rottenburger Integrationsbeirat und dem Reutlinger Integrationsrat. Hierfür wurden Tübinger Integrationsrät\_innen in jeweils eine Sitzung des Rottenburger Integrationsbeirats und des Reutlinger Integrationsrats eingeladen und berichteten von ihrer Arbeit.

Im März 2023 nahmen außerdem Vertreter\_innen aus Rottenburg und Reutlingen an einer Sitzung in Tübingen teil, um sich auszutauschen. Im Rahmen der Interkultu-

rellen Woche 2023 führten die Integrations(bei)räte von Tübingen und Rottenburg eine gemeinsame Veranstaltung durch.

## Veranstaltungen

Darüber hinaus bietet der Integrationsrat regelmäßig im Rahmen der Interkulturellen Woche und der Wochen gegen Rassismus eigene Veranstaltungen an, um das öffentliche Bewusstsein für integrationspolitische Fragen zu sensibilisieren und auf das Thema Antidiskriminierung aufmerksam zu machen. So lud er beispielsweise im März 2022 Hasnain Kazim zu einer Lesung mit anschließendem Gespräch nach Tübingen ein.

Vollbesetzt war auch der Club Voltaire, in den der Integrationsrat 2023 die Macher der Songs of Gastarbeiter zu einer musikalischen Lesung geladen hatte.

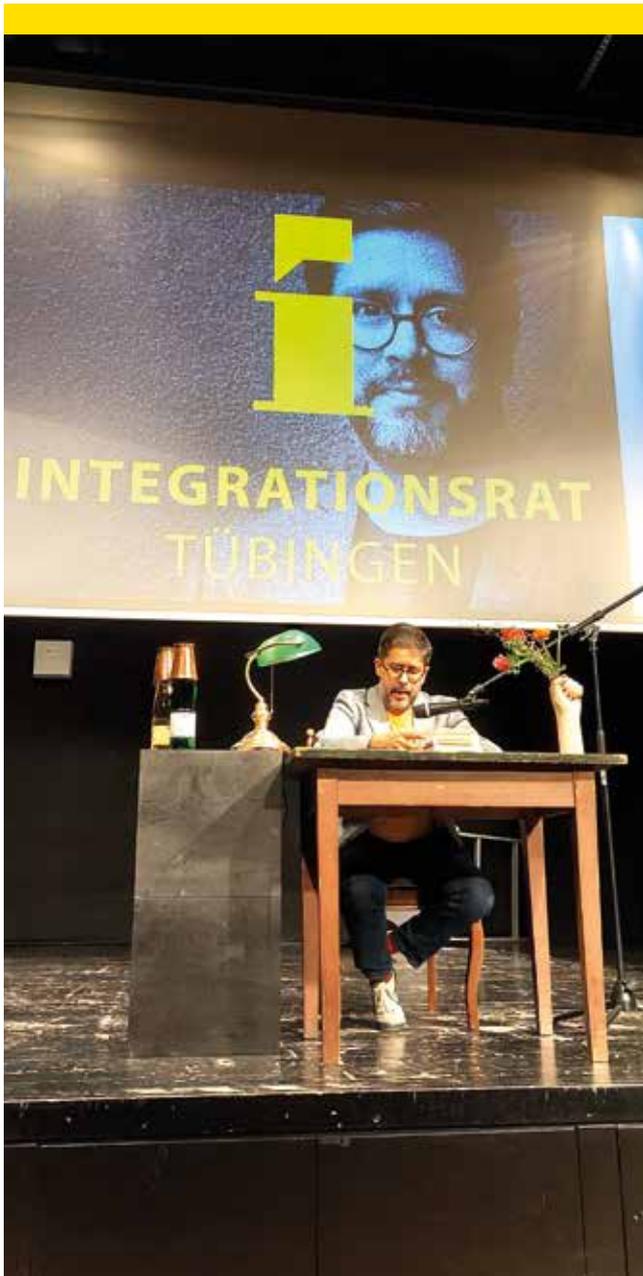


Abb. 47: Lesung Hasnain Kazim März 2022, Bild: © Deniz Tekin

Der Berliner Autor Imran Ayata und der Münchner Theatermacher und Musiker Bülent Kullukcu präsentierten dabei nicht nur griechische, türkische und vietnamesische Musik, sondern auch Einblicke in die emotionale Welt verschiedener Zugewanderter aus unterschiedlichen Generationen.

Mit viel Engagement hat der Integrationsrat die Situation für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Rassismuserfahrung bereits verbessern können. Viel bleibt noch zu tun.



Abb. 48: Poster Käufer der Träume IWO 2023, Design: © Martin Friedl



Abb. 49-50: Songs of Gastarbeiter, Bilder: © Deniz Tekin

## O-Töne ehemaliger Integrationsrät\_innen

Der Integrationsrat ist die Bühne und das Exempel der Gleichwertigkeit der Menschen in einer Stadt. Für die Integration gibt es beiderseits, manchmal auch mühsam hohe Stufen, für die Menschen von draußen und für uns, schon lange drinnen. Wir müssen sie steigen, lernend, offen, neugierig aufeinander, einander zugewandt, bis die Integration für beide gelingt. Wenn von Anfang an die Gleichwertigkeit gilt und sie zu spüren ist, geht das einfacher. Ein selbstbewusster Integrationsrat macht es vor.

- Ernst Gumrich

Als Integrationsrätin habe ich gelernt, dass man positive Veränderungen nur gemeinsam mit vielen anderen Menschen erreicht, und dass bis zum Ziel jedes Mal ein langer aber auch spannender Weg liegt.

- Lavinia Munteanu

Danke vielmals für die unermüdliche und nicht selbstverständliche Bereitschaft, nach dem langen Arbeitstag eine ehrenamtliche Spätschicht draufzulegen.

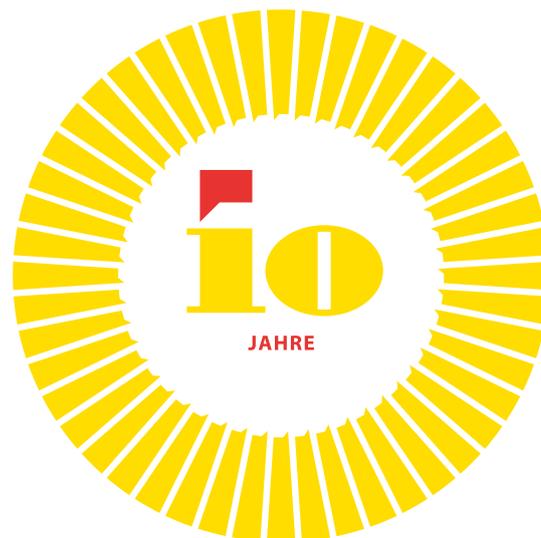
- Tatjana Fessler

Gelebte Integration beruht auf Gegenseitigkeit. Sie ist ein Geben und Nehmen, indem wir uns nicht nur integrieren lassen, sondern wir geben auch etwas von der Zuwendung, Offenheit und Liebe zurück, die wir zu Zeiten bekamen, als wir sie am meisten gebraucht haben. Gelebte Integration zu fördern ist für mich die schönste Aufgabe des Tübinger Integrationsrats.

- Emese Tömösvári

Der Integrationsrat spiegelt die deutsche Gesellschaft wieder; Menschen aus verschiedenen Kulturen treffen aufeinander und versuchen, sich zu verstehen, weiterzukommen, neue Ideen zu entwickeln, Vorurteile abzubauen. Am Anfang war man skeptisch. Aber es funktionierte doch und das System offenbarte sich ein wunderbarer Ort von Begegnungen, Freundschaften und Kreativität.

- Dr. Monica Eggleston



INTEGRATIONS RAT  
TÜBINGEN

## Glossar mit allen Namen bisheriger Integrationsrät\_innen

Ahmed Arafa	Dorothea Kliche-Behnke	Claudia Rigotti
Bariş Ateş	Luzia Köberlein	Gitta Rosenkranz
Ali Avin	Beate Kolb	Christine Rubas
Efstratios Boutloukos	Annagreta König Dansokho	Nadjib Irewole Sadikou
Laura Conte	Vasiliki Koutsoumaraki	Mihriban Şahin
Sara Cristina da Piedade Gomes	Anne Kreim	Björn Scherer
Meryem Derbal	Aslı Küçük	Gretel Schwägerle
Nilgün Doğan	Mesut Kul	Klaus Seiberth
Alice Dorison	Andrea Le Lan	Mustafa Sert
Hazem Elgafari	Pilar Martinez Sola	Deniz Osman Tekin
Tatjana Fessler	Ana Morella Mejías Martínez	Gülümser Tercan
Hala Fouad-Sindlinger	Mohammad Nazir Momand	Cevat Tipieser
Tea Gaprindashvili-Mellios	Lavinia Munteanu	Emese Tömösvári
Ernst Gumrich	Ali Nasser	Thomas Unger
Ghida Haidar-Adis	Susanne Omran	Ertuğrul Uysal-Soylu
Monica Elena Herghelegiu	Xenia Otto	Gebhard Weber-Keinath
Qin Hu	Ömer Öz	Fotini Zgouros
Gerhard Kehrer	Cristina Popescu	

## **Impressum**

© Juni 2024

Herausgegeben von der Universitätsstadt Tübingen, Stabsstelle Gleichstellung und Integration

Redaktion: Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Layout: Sonja Bulling Textildesign & Grafik, Tübingen

Druck: Reprint Hausdruckerei

Titelbild: Martin Friedl

[www.tuebingen.de](http://www.tuebingen.de)

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

